

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 28. Juni 1920
11. Jahrg. Nummer 147

Vertrieb täglich mit Ausnahme des Sonn- und Festtags. Bezugspreis: wöchentlich 0,30 RM, monatlich 1,00 RM, Einzelnummern 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 1,00 RM, unter Streifenband 1,00 RM. Anzeigenpreis: Die geschlossene Millimeterzeile oder deren Raum 12 Pf. Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf. Meldepreis: Die dreispaltige Millimeterzeile oder deren Raum im Zeit 70 Pf. — Schlag der Inseraten-Annahme in der Haupt-Expedition 8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 18 Uhr.

für Schlessien und Oberschlessien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 18, Kreuzberg Str. 50, Tel. 500 08.
Verlagsredaktion: Breslau 54, Reibstock Str. 10, Tel. 500 08.
Stabsredaktion: Breslau 54, Reibstock Str. 10, Tel. 500 08.
Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:
Gleititz, Weststr. 28, Tel. 4008; Oppeln, Wobbeberg 11, Tel. 1244.
Schlesien: Kunig 8, Telefon 1984. Geschäftszeit: von 8-10 Uhr. Sonntags
Kant am Hauptbahnhof Breslau. — Verlag: Carl Neumann, Neudammstr. 10.
m. S. O. Breslau. — Druck: „Sudag“ Berlin, 104, Neudamm, Neudamm Str. 10.

An die arbeitende Bevölkerung! Die Faschisten marschieren Freitag auf — Heraus zur Gegentundgebung!

Die Deutschnationalen, der Stahlhelm und die anderen „nationalen“ Wehrverbände veranstalten am 28. Juni, am 10. Jahrestage des Versailler Vertrages, einen großen Protestkrummel.

Wagegen wollen sie protestieren, die Stappenhengste und Leuteschinder, die Arbeiterschläger und die gefausten Streikbrecher? Sie wollen demonstrieren gegen den Gewaltfrieden von Versailles, gegen die „Kriegsschuldfrage“, gegen die Reparationstribute.

Niemand hat weniger Recht zu solchen Demonstrationen als die Führer und Intermänner der „nationalen“ Organisationen. Die Industriekapitäne, die den Stahlhelm finanzieren, die Generale, die ihn kommandieren, sie sind die Hauptschuldigen des Weltkrieges.

Genau so schuldig wie die Kapitalisten, Diplomaten und Generale Frankreichs, Englands und der anderen imperialistischen Länder. Die „nationalen“ Kriegsheger und Kriegsgewinnler haben am wenigsten das Recht, über den Gewaltfrieden zu jammern. 1917, als das revolutionäre Russland allen Völkern einen gerechten Frieden ohne Kriegsschuldfrage und ohne Annexionen anbot, da waren es deutsche Generale und Diplomaten, die der Sowjetregierung den Frieden von Brest-Litowsk aufzwangen, der noch schändlicher ist als der Versailler Vertrag.

Wer hat die Tribute mit seinem Schweiß und Blut bezahlt? Die deutschen Arbeiter, Angestellten und Beamten!

Die Industriellen und Bankiers, die Grundbesitzer und Kapitalisten, sie haben vom Frieden profitiert, wie sie vom Kriege profitierten. Sie haben sich während der Inflation bereichert, sie haben mit den Reparationen Geschäfte gemacht, sie haben aus den arbeitenden Massen doppelt und dreifach herausgepreßt, was sie den ausländischen Kapitalisten zahlen mußten.

Die „nationalen“ Verbände demonstrieren für neue Kriegsküstungen, für neue Kriege!

Aber nicht gegen Frankreich, England oder Polen rüstet die deutsche Regierung, rüstet die deutsche Industrie, rüstet die Wehrverbände. Mit diesen „Erbsünden“ hat das deutsche Kapital Frieden geschlossen, um gegen den gemeinsamen Feind aller Ausbeuter und Unterdrückten zu Felde zu ziehen:

gegen den Staat der Arbeiter und Bauern, gegen die Sowjetunion!

Der Kriegsminister **Groener**, der Liebling aller bürgerlichen Parteien von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten, hat es offen ausgesprochen, wozu die deutsche

Republik Panzerkreuzer und Kavallerieregimenter braucht:

für den Krieg im Osten.

Die Faschisten haben demonstrieren und mobilisieren gegen den Arbeiterstaat und gegen den „inneren Feind“, die revolutionäre Arbeiterklasse. Sie kämpfen nicht gegen die Geldadrepublik, haben doch deutschnationale Minister für das Republikenschutzegeß gekümmert. Mit Unterstützung der „republikanischen“ Regierung, mit dem Schutze der sozialdemokratischen Polizei demonstrieren die nationalen Verbände für die blutige, faschistische Diktatur gegen die Arbeiterklasse.

Die Kommunistische Partei ruft die arbeitenden Massen auf zu großen Kundgebungen gegen den Faschismus, gegen den brohenden Krieg, gegen die sozialfaschistische Regierung!

Die SPD. und die Kommunistische Internationale haben vor zehn Jahren die arbeitenden Massen Deutschlands aufgerufen, sich dem Diktat des Imperialismus nicht zu unterwerfen, im brüderlichen Bunde mit Sowjetrußland die Freiheit zu erkämpfen. Aber die „nationalen“ Parteien, genau so wie die Sozialdemokraten, wollten tausendmal lieber die Diktatur des internationalen Finanzkapitals in Deutschland, als die Diktatur des revolutionären Proletariats.

Nicht das besiegte Volk, die wahren Kriegsschuldigen, die Kapitalisten aller Länder sollen die Kosten des Krieges bezahlen! Dieser Grundsatz ist nur in einem Lande wahrgemacht, im bolschewistischen Rußland.

Dort haben die Kriegsheger und Kriegsgewinnler, die Gut und Blut der Volksmassen gewissenlos für ihren Raubzug opferten, mit ihrem Gut und Blut zahlen müssen.

Die sozialfaschistische Koalitionsregierung Hermann Müllers rüstet zum Krieg gegen die Sowjetunion. Darum schürt sie die Demonstrationen der Kriegsheger, darum ließ sie die Demonstrationen der internationalen proletarischen Solidarität am 1. Mai verbieten und niederschlagen, darum verbot sie den „Roten Frontkämpferbund“, darum verfolgt sie die Kommunistische Partei und ihre Presse.

Redner der Deutschnationalen in der Freitagversammlung ist der berüchtigte baltische Baron **Krel** von Freitag-Loringhoven, der bis zum Kriegsausbruch als Offizier im Dienste des Zarismus gestanden hat, und sein deutsches Herz entbede, als es mit der Herrlichkeit der baltischen Junker zu Ende ging. Herr Loringhoven ist der Führer der Partei der Deutschnationalen, die, um Regierungssessel zu halten, dem Damespakt zur Annahme verhalf.

Vom Tage

Am Mittwoch mittag gab eine russische Emigrantin, die längere Zeit in Paris gewohnt hatte, auf den französischen Konful in Berlin, **Blinet**, drei Schüsse ab, die ihr Ziel vershiften. Die Täterin wurde sofort in Haft genommen.

Bei dem schweren Gewitter, das gestern nachmittag über Berlin wütete, schlug der Blitz gegen 6 Uhr im Landtagsgebäude ein, wo im Sitzungssaal gerade über die Geschäftsordnung debattiert wurde. Hinter dem Stuhl des Präsidenten war eine Feuerflamme sichtbar geworden. Im Westflügel des Gebäudes soll einiger Schaden entstanden sein.

Aus **Tollu** wird gemeldet, daß in einem Kohlenbergwerk in **Rynshin** durch das Eindringen von Meerwasser 48 Bergleute abgetötet wurden. Man nimmt an, daß alle im Bergwerk eingeschlossenen ertrunken sind.

In dem in Warschau stattfindenden Prozeß gegen den früheren polnischen Finanzminister **Czechowicz** wegen ungesetzlicher Verbeserung des polnischen Staatshaushaltes trat **Pilsudski** als Zeuge auf und beschimpfte den polnischen Sejm, den er mit gewissen Puppen verglich, „die vorn und hinten den gleichen Laut von sich geben“.

Kommunistische Landtagsfraktion fordert Staatshilfe für Textilarbeiter

Genosse **Wollweber** schildert die Notlage der schlesischen Weber

Berlin, 27. Juni.

Am Dienstag ist der Landtag zu seiner letzten Tagung vor den Sommerferien zusammengetreten. Sofort bei Eröffnung der Sitzung ergriff Genosse **Wollweber** das Wort, um auf die unbeschreibliche Notlage der ausgesperrten Textilarbeiter in Schlessien hinzuweisen. 50 000 Textilarbeiter wurden von den Unternehmern am 25. Mai auf die Straße geworfen, weil sie eine Lohnforderung stellten. Weitere 10 000 Textilarbeiter wurden schon in den Monaten vorher auf Grund von Rationalisierungsmassnahmen entlassen. Die Löhne der schlesischen Textilarbeiter sind die niedrigsten ganz Deutschlands. Das Elend der Aussperrten ist um so größer, weil den Gemeinden jegliche Mittel fehlen, um Wohlfahrtsmassnahmen durchzuführen. Zehntausende von ausgesperrten Textilern sind daher seit Mai ohne jegliche Unterstützung dem Hungertode preisgegeben. Die kommunistische Fraktion beantragt deshalb, aus Staatsmitteln einen Fonds von

fünf Millionen Mark zur Verfügung zu stellen und den Kommunen zu überweisen.

Diese sollen die zu gewährenden Unterstützung nach den Sätze der Erwerbslosenversicherung an alle ausgesperrten Arbeiter rückwirkend ab 25. Mai auszahlen. Die vorausgehenden Mittel sind auf dem Wege der Umlage durch den Staat von den Textilindustriellen wieder einzuziehen. Genosse **Wollweber** beantragte sofortige Beratung dieses Antrages durch den Hauptauschuß. Dieser Antrag wurde angenommen. Zur Beratung stand sodann das

Polizeikostengesetz

durch das die Verteilung der Polizeikosten für die Kommunen mit staatlicher Polizei neu geregelt werden soll. Das Gesetz wurde selbst vom reaktionären Staatsrat abgelehnt, weil es für die Gemeinden mit kommunaler Polizei keinerlei Verbesserungen bringt, obwohl ihnen die Staatsregierung die Durchführung von Polizeiaufgaben über Polizeiausgaben diktiert.

Bericht darüber folgt.

Verantwortlich: Ernst Wollweber, m. S. O.

Nieder mit den faschistischen Kriegshegern und Arbeitermördern!
Nieder mit den Knechten Hugenbergs, den Seldtebanditen und dem schwarz weiß roten Pakt, das am Freitag abend in Breslau aufmarschieren und sich als Herren der Straße aufspielen will!
Nieder mit der Regierung der Sozialfaschisten, den Wegbereitern des Krieges, der faschistischen Diktatur und der Ausplünderung der werktätigen Bevölkerung durch die beschlossenen neuen Wucherzölle.
Rüstet zur Antikriegsdemonstration am 1. August.
Befundet Euren Willen zur revolutionären Verteidigung der Sowjetunion, zum Kampf gegen die sozialfaschistische Regierung in Deutschland, durch einen Massenaufmarsch, der nicht hinter der gewaltigen Kundgebung im „Zirkus Zisch“ von voriger Woche zurückstehen darf.
Heraus auf die Straße!

Heraus zur Massendemonstration

Freitag, 28. Juni, abends 8 Uhr, auf dem Neumarkt

Sammelpunkte und Auftreten: Ost: 19,30 Uhr, Blockauer Platz; Nordost: 19,30 Uhr, Pauschenplatz; Zentrum: 19,45 Uhr, Neumarkt; Süd: 19,45 Uhr, bei Zanke, Friedrichstraße; West: 19,30 Uhr, Striegauer Platz; Nord: 19,30 Uhr, Weissenburger Platz

10 Jahre nach Versailles!

28. Juni 1919. Vorbei war der Raub, aus die Riege. Das teuflische Gebrüll der Hurra-Patrioten verstummte, empfindliches Blut goss die besiegten Überlebenden, Wehgeschrei und Klage über ihrer trauer sozialpatriotischen Diener erklangen in Deutschland. Der Vertrag von Versailles wurde unterzeichnet.

„Deutschland vernichtet“ — „Sollen wir Sklaven werden.“ — „Schmach der Kriegsschuldfrage“... Wer kennt nicht diese und ähnliche Grammophonplatten der „nationalen“ Kriegspropaganda wie sie seit zehn Jahren abgeliefert werden? Auch heute am zehnten Jahrestage des Versailler Friedens werden die deutschen Patrioten von Weßbar bis Hermann Müller den Versuch machen, durch verlogenen Phrasenschaal die Stimme der Wahrheit über Versailles und den Weltkrieg zu überdönen. Nicht ohne Grund: Denn die Kriegstreiber von 1914, die Kriegsgewinnler von 1914 bis 1918, die Organisatoren des kommenden Krieges, die Massenmörder von gestern und von morgen, sie alle haben ein unbedingtes Interesse daran, die wertvollen Massen über den wahren Sinn des Versailler Friedens zu täuschen. Diesem gemeinsamen Zweck dient sowohl die Legende vom passivem Deutschland als auch die deutschnationalistische Agitation gegen die „Kriegsschuldfrage“.

Es gilt mit der gesamten passivistisch-imperialistischen Legende um Versailles aufzuräumen.

Was war Versailles?

Die Vermeidung oder vielmehr die Fortsetzung des imperialistischen Weltkrieges durch den imperialistischen Gewaltfrieden... Sein Wesen: Gewalt und Raub, sein Zweck: die Vorbereitung neuer Kriege. Aber den Versailler Frieden als imperialistischen Gewaltfrieden zu bekämpfen, hatten und haben nur die Kommunisten das Recht, und dieser Kampf kann einzig und allein als Kampf gegen den Imperialismus selbst geführt werden. Die Empörung der deutschen Hurra-Patrioten über den Versailler Gewaltfrieden drückt nur ihre Rat barüber aus, daß das Kriegsschicksal es ihnen nicht ermöglichte, andere Völker auszuplündern und zu entrechten.

Der Versailler Vertrag hat große Gebiete von Deutschland, ohne die Bevölkerung zu befragen, dauernd losgerissen oder auf längere Zeit einem brutalen Besatzungsregime unterworfen. Über gegen diese gewalttätige Annexion und Besetzung hatten und haben nur die Kommunisten das Recht, zu protestieren; die für alle Völker das Selbstbestimmungsrecht verlangen und nicht die deutschen Militaristen, die das Selbstbestimmungsrecht vor und während des Weltkrieges mit den Füßen getreten haben und der Regierung des Arbeiterstaates in West-Litwoff den schändlichsten Gewaltfrieden aufgezwungen haben.

Die „Kriegsschuldfrage“ ist eine Lüge, weil die Entente-Imperialisten dadurch ihre eigenen Kriegsvorbereitungen und ihre Schuld am Weltkrieg verhüllen wollen, während in Wirklichkeit die deutschen, englischen, französischen Diplomaten, Generale, Rüstungsindustrielle ohne Ausnahme an der Vorbereitung des Weltkrieges beteiligt waren. Die Schuld der deutschen Kriegstreiber, der Massenmörder und ihrer sozialdemokratischen Helfershelfer wird aber nicht geringer dadurch, daß auch die imperialistischen Räuber der anderen Staaten vor und während des Weltkrieges die gleichen Verbrechen begangen haben.

Und wie steht es mit dem „teuflischen Plan“ der Entente, Deutschland durch den Versailler Vertrag „zu vernichten“? Nicht nur, daß der Versailler Frieden „keine Vernichtung“ Deutschlands zur Folge hatte, sein Sinn und Zweck war auch von Anfang an ein anderer. Wohl endete der mörderische Kampf zwischen den imperialistischen Räubermächten um die Neuverteilung der Welt mit der Niederlage des deutschen Imperialismus und zweifellos war das unmittelbare Ziel der Entente in Versailles Deutschland als Konkurrenten im imperialistischen Kampf um die Weltmacht für die Zukunft auszuschalten. Aber was die Clemenceau, die Wilson, die Lloyd George von Anfang an nicht vernichten wollten, das war die Herrschaft der deutschen Kapitalistenklasse über das deutsche Proletariat. Zur Zeit des Versailler Friedens ging das Geheiß des Bolschewismus in Europa um. Spartakus war niedergeworfen. Aber im Osten stand die Sowjetmacht unerschütterlich und die Rätediktatur in Ungarn schlug die imperialistischen und rumänischen Vasallen der Entente-Imperialisten. In dieser Situation formierte sich das Bündnis der Sieger und der besiegten imperialistischen Räuber gegen den gemeinsamen Feind, gegen die proletarische Revolution in Deutschland, gegen den ersten Arbeiterstaat im Osten. Die Vorbereitungen zum Versailler Frieden bestanden nicht nur im diplomatischen Notenwechsel zwischen den Alliierten und Deutschland, sie bestanden in allererster Linie in der Niederschlagung der proletarischen Revolution in Deutschland, sie bestanden im gemeinsamen Interventionskampf gegen den Sowjetstaat, den Ebert und Scheidemann durch die Entsendung weißgardistischer Truppen unterstützten. Die Furcht vor dem Bolschewismus war es, die England bewegen hat, Frankreichs Forderungen auf die Annexion des Rheinlands energisch zu bekämpfen. Die Gegenläge zwischen den Entente-Kapitalisten und der besiegten deutschen Bourgeoisie wurden letzten Endes schon in Versailles dem weltgeschichtlichen Gegenpaar zwischen Konterrevolution und Revolution zwischen Kapital und Arbeit untergeordnet.

Indem aber Versailles der deutschen Bourgeoisie die Niederwerfung der deutschen proletarischen Revolution ermöglichte, trieb die Diktatur der Entente die Folgen der proletarischen Niederlage über das in Versailles von den Siegermächten vorgesehene Maß weiter. Der deutsche Imperialismus, der in Versailles scheinbar für viele Jahrzehnte, wenn nicht endgültig, kampfunfähig gemacht wurde, hielt neu erhardt und gesteigt da. Die Niederschlagung der Revolution ermöglichte die teilweise Etablierung des Kapitalismus und diese den Wiederaufstieg des deutschen Imperialismus. Heute ist Deutschland wieder ein wirtschaftlicher und politischer Machtfaktor inmitten des imperialistischen Konkurrenzkampfes, das alle Anstrengungen macht, auch ein militärischer Machtfaktor zu werden, der in kommenden Kriegen den anderen imperialistischen Staaten nicht nachstehen soll. Vor allem aber ist der deutsche Imperialismus ein entscheidender Faktor in den Kriegsvorbereitungen des Weltkapitalismus gegen die Sowjetunion geworden. Man spricht heute viel im bürgerlich-sozialdemokratischen Lager von der Liquidierung des Versailler Friedens. Diese Liquidierung des Versailler Friedens ist aber nichts anderes, als der Deckname für die Organisierung des Krieges. Und die deutschen Kriegstreiber wissen sehr gut, daß die Befreiung von den militärischen Fesseln, die der Versailler Vertrag Deutschland auferlegt, nur unter der Bedingung der aktiven Beteiligung Deutschlands am Kriege gegen die Sowjetunion erfolgen kann. Von Versailles führt der Weg nach London und Paris. Von der Entwaffnung Deutschlands zur Aufrüstung gegen den Arbeiterstaat.

Vor zehn Jahren unterzeichnete Hermann Müller als Außenminister der Weimarer Koalitionsregierung den Versailler Vertrag. Schon damals war er derselbe Patriot wie heute. In seinen vor

Hungerzölle beschlossen!

Brod, Butter und Zuder verteuert!

Berlin, 28. Juni. (Eigener Bericht.) Nachdem Dienstagabend im handelspolitischen Ausschuss des Reichstages bereits die Erhöhung der Zölle für Butter, Zuder, Kartoffeln, Fleisch und Brot beschlossen wurde, kamen diese Beschlüsse am Mittwoch früh zur endgültigen Erledigung in das Reichstagsplenum. So eilig hat es die Regierung Müller, die Zollmehrpunkte zufrieden zu stellen. Endgültig wurde die Erhöhung des Butterzolls von 27,50 Mark auf 50 Mark angenommen. Desgleichen die Erhöhung des Zuderzolls durch einen monatlichen Zuschlag von 15 Pfennig. Der Zoll auf Brotgetreide wird in Zukunft bei Roggen und Weizen ebenfalls erheblich erhöht. Angenommen wurde ferner der Antrag auf Einstellung der Rindereinfuhr in den Sommermonaten, und der Antrag auf Erhöhung des Kartoffelzolls. Das Charakteristische bei dieser Abstimmung ist, daß Deutschnationalen und Nationalsozialisten mit ihrer Zustimmung zu diesen Anträgen ausdrücklich ihr Einverständnis mit der Sozialpolitik der Hermann Müller-Regierung bekundeten. Wie „ernst“ es die Sozialdemokraten mit ihrer Opposition meinen, zeigt die Tatsache, daß sie den Antrag der Kommunisten auf Absetzung der Zollmehranträge von der Tagesordnung nicht einmal unterstützten.

Die Großagrarien können jedoch ihren Hals nicht voll genug bekommen. In der gleichen Sitzung, in der sie von der Hermann Müller-Regierung die unverkündeten Zollgeschenke bekommen, schreien sie schon nach mehr. Der Ernährungsminister dieser Regierung unter Führung der Sozialdemokraten verteidigt die Großagrarien auf den Verhören. Es sei in der kurzen Zeit nicht möglich gewesen, allen Wünschen der Agrarier nachzukommen.

Als erster Debattierender spricht

Genosse Hoernle

Die Bürgerblodregierung hatte das zollfreie Kontingent für Gefrierfleisch von 120 000 Tonnen im Jahre auf 50 000 Tonnen herabgesetzt. Durch die jetzige Regierung soll auf Umwegen die gesamte Einfuhr von Gefrierfleisch gedrosselt werden. Wir stellen neuerdings einen Rückgang des Fleischkonsums auf den Kopf der Bevölkerung fest. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Das ist die Folge der Massenarbeitslosigkeit und des Sinkens der Kaufkraft in den breiten Massen. Dem kleinen Bauern wird keine Konkurrenz gemacht durch die ausländische Landwirtschaft, sondern seine größte Konkurrenz ist der Großagrarien im eigenen Lande, dem auch einzig und allein die Zölle zugute kommen. Wir werden erleben, daß in den nächsten Monaten und in den kommenden Jahren unausgesetzt neue Angriffe auf die Lebenshaltung der arbeitenden Massen gemacht werden. Zu den Hungerlöhnen kommen die Hungerzölle. Die Sozialdemokraten, die in der Regierung sitzen und die hier die vergewaltigte Jungfrau spielen, tragen die volle Verantwortung für den Zollmüller. Wie die aufgeschreckten Hühner laufen die sozialdemokratischen Abgeordneten im Reichstag herum und wissen sich nicht zu helfen, wie sie zu einem einigermaßen erträglichen Kompromiß kommen können. So spielt die Sozialdemokratie eine elende heuchlerische Doppelrolle. Wir werden kämpfen, daß diese Regierung des Zollmüllers, des Steuer-raubs, der offenen und geheimen Krieg-

führungen so schnell wie möglich verschwindet, damit an ihre Stelle eine proletarische Regierung kommt, die mit eiserner Faust Ordnung schafft. (Beifall v. d. Komm.)

Abg. Lind (Dnt.) wirt! der Regierung vor, sie treibe keine Bauernpolitik.

Abg. Hepp (Christl.-nat. Bauernpartei): Die Beschlüsse, die heute gefaßt werden, befrichtigen die Bauern keinesfalls, und der Haß gegen die bauernfeindliche Regierung wird noch wachsen.

Abg. Dr. Herz (Soz.): Wir sehen uns nicht imstande, den Anträgen über Zollhöhung zuzustimmen. (Stimm. Zuruf: Das machen diesmal die Deutschnationalen für Euch!) Schuld an der Bauernnot ist die Rücksichtslosigkeit der deutschen Bauern. (Großer Lärm rechts.)

Abg. Langen (Dem.): Wir Bauern, daß nicht sofort die Viehzölle den Fleischhändlern angepaßt werden.

Abg. Dieß (Str.): Die Frage der Viehzölle wird im Herbst wieder aufgenommen.

Genosse Schröder-Merfeldberg

Die Sozialdemokraten sind, wie auch aus der Rede des Herrn Herz hervorgeht, die beschiedene, untertänigste Opposition der deutschnationalen Zollmüller. Auch die Sozialdemokratin Toni Sender erklärte sich im Ausschuss nicht grundsätzlich gegen die Zollhöhdungen, sondern handelte nach dem Rezept: „Gilt mit Weile.“ Bisher hat nicht ein einziger Redner im Hause über die Auswirkungen der Viehzölle auf die Lebenshaltung der Werktätigen gesprochen. Man stellt die Frage nur unter dem Gesichtspunkt der Großagrarien. Die kleinen Bauern haben von einer Lebensmittelsollhöhung nicht den geringsten Nutzen. Wir beantragen Zollfreiheit für den Zuder und im Falle der Ablehnung dieses Antrages Wiederherstellung des alten Zustandes. (Beifall v. d. Komm.)

Abg. Sorsacher (Bayer. Vp.): Das zollfreie Gefrierfleischkontingent muß so schnell wie möglich verschwinden.

Reichsernährungsminister Dietrich: Das, was erreicht worden ist, wäre überhaupt nicht durchzuführen gewesen, wenn nicht agrarische Vertreter in den Regierungsparteien säßen und dort mit viel größerem Erfolge arbeiteten, als wenn sie in der Opposition wären. (Stimmliches Hört! Hört! v. d. Komm.) Ich kann den Bauernvertretern erklären, daß man noch immer das zünftigste Mögliche vornimmt und das andere nachholen muß, sobald sich die Gelegenheit dazu bietet. (Stimmliches Hört! Hört! v. d. Komm.) Wer wagt da noch zu behaupten, die Regierung täte nichts für die Landwirtschaft?

Abg. Willems (Nat.-Soz.) erklärt, allen vorliegenden Anträgen zuzustimmen zu wollen.

Genosse Hoernle

spricht dann noch einmal gegen die Erhöhung des Kartoffelzolls und gegen die Verteuerung der Butter und der Milch. Dabei weist er an treffendem Material die Notwendigkeit der Beschleunigung von Milch und Butter zugunsten der Proletarier und der Proletarierkinder nach. Wir rufen die Arbeiter auf zum verschärften Kampf gegen alle Zollmüller in schwarzrotgoldenen und schwarzweißrotem Gewande. (Beifall v. d. Komm.)

Textilarbeiter!

Metallarbeiter!

Kämpft für eure Forderungen

trotz Schlichtungsdiktat!

daß er das Annehmen, den Friedensvertrag mit einer effässischen Füllfeder zu unterzeichnen, zurückgewiesen hat und heldenmütig entschlossen war, den Vertrag unter allen Umständen nur mit seinem deutschen Füllfederhalter zu unterzeichnen. Heute ist Hermann Müller Reichskanzler und wird am zehnten Jahrestage des Versailler Friedens in das selbe patriotische Horn blasen. Aber zehn Jahre Weltimperialismus haben auch die Rolle der Sozialimperialisten verändert und gelassen. Waren sie damals Helfer und Lakaien der Kriegstreiber, so sind sie heute aktive Organisatoren des kommenden Krieges gegen die Sowjetunion geworden. Sie führen ihre Aufgabe unter den veränderten Formen und Bedingungen des Klassenkampfes durch. Sie gehen mit sozialfaschistischen Methoden gegen die revolutionäre Arbeiterklasse vor, sie bereiten im Dienste der Bourgeoisie die sozialfaschistische Diktatur vor, sie stehen an der Spitze der Haß- und Kriegskampagne gegen die Sowjetunion. Die Kriegs- und Diktaturvorbereitungen der Müller, Weis und Eberting im Jahre 1929 sind die Fortsetzung und die Sollenbung der Tätigkeit der Müller, Scheidemann, Ebert und Rostke im Jahre 1919.

Zehn Jahre nach dem imperialistischen Gewaltfrieden bereiten sich die Kriegstreiber, die Diplomaten und die Bankiers, die Generale und die Sozialimperialisten auf den ganzen Welt auf neue Kriege vor. Die Geschichte hat die Mahnung, die die kommunistische Internationale kurz vor dem Versailler Vertrag an die Werktätigen der ganzen Welt richtete, reiflos befolgt: „Solange der Kapitalismus herrscht, kann es keinen dauernden Frieden geben. Der dauernde Frieden wird auf den Trümmern der bürgerlichen Ordnung aufgebaut.“ Die Arbeiterklasse muß beweisen, daß die Lehren des fünfjährigen Völkergemeißels und der zehnjährigen Konterrevolution für sie nicht verloren gegangen sind. Sie verleiht das Schicksal der Kriegshäher und Kriegsgewinnler im imperialistischen Deutschland mit dem im bolschewistischen Rußland. Sie verleiht auch das Schicksal der Arbeiterklasse in der bürgerlichen Republik und in der proletarischen Räterepublik in Deutschland. In Deutschland herrschen die Hauptschuldigen am Weltkrieg, im proletarischen

Rußland wurden sie verjagt und vernichtet. In Deutschland werden die Reparationen aus Blut und Schweiß der arbeitenden Massen herausgepreßt, der Arbeiterstaat hat seine politische und finanzielle Unabhängigkeit vom Kapitalismus erlangt. Während die Schutz- und Abwehrorganisation des deutschen Proletariats, der Rote Frontkämpferbund, von den Sozialfaschisten verboten wird, lassen sie am 28. Juni den Stahlhelm unter dem Schutze der Jorgiebel-Polizei in Berlin aufmarschieren. Sie schügen die Demonstrationen der Faschistenbanden, die zum Kriege gegen die Sowjetunion gehen. Sie verbieten die Demonstrationen des Proletariats gegen den kommenden imperialistischen Krieg.

Die kommunistische Internationale und die KPD, die vor zehn Jahren den Kampf gegen das Versailler imperialistische Diktat geführt haben, rufen die arbeitenden Massen heute zum Kampf gegen die Folgen und die Fortsetzung des Versailler Vertrages, gegen den drohenden neuen Krieg auf. Die werttätigen Massen Deutschlands beteiligen sich nicht an den heuchlerischen „nationalen“ Veranlassungen, nicht am Protestrummel gegen Versailles, am schwarzrotgoldenen Rummel am 11. August, sondern marschieren am 1. August zu den Antikriegsdemonstrationen auf, um ihre Bereitschaft zur revolutionären Verteidigung der Sowjetunion, zur revolutionären Bekämpfung des imperialistischen Krieges zu bekunden.

Loringhoben unter der Benjui Eugenbergs

Das „Berliner Tagblatt“ vom Donnerstag berichtet:

In seiner zweiten Reichstagsrede am Montag hat Reichsaussenminister Dr. Stresemann unter allgemeiner Heiterkeit erwähnt, daß ihm die Rede des deutschnationalen Abgeordneten von Freitag-Loringhoben schon vorgelesen habe, noch ehe sie gehalten wurde. Das war deshalb möglich, weil Herr von Freitag-Loringhoben seine Rede vorher einem parlamentarischen Nachrichtenbüro in der Form zur Verfügung gestellt hatte, in der sie gedruckt und verbreitet werden sollte. In dieser Gestalt ist die geschriebene Rede, ehe sie gesprochen wurde, wie man sich im Reichstag erzählt, übrigens auch dem deutschnationalen Parteivorsitzenden Eugenbergs vorgelegt worden, der zwar während der großen politischen Auseinandersetzung nicht im Sitzungssaal, wohl aber im Reichstagsgebäude anwesend war.

So sieht der deutschnationaler Redner aus, der Freitagabend im Konzerthaus sich als Kämpfer gegen Versailles aufspielte. Wir fragen: Hat der baltische Baron seine Rede, die er in Breslau halten wird, auch vorher dem Vertreter der Großindustrie, Geheimrat Eugenbergs, zur Benjui vorgelegt? Die Breslauer Arbeiterklasse wird dem Kommiss Eugenbergs am Freitagabend durch eine machtvolle Gegendemonstration antworten.

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombronski, für „Bericht und Beifall“ und „Waldenburg“ Wilhelm Klein, für „Breslau“, „Wichtig“ und die übrigen Beilagen Alfred Thomae, sämtlich in Breslau. — Für den obersten politischen Teil Gerhard Schulz, Melnik. — Für Inserate B. Neuber, Breslau.

Organisiert den internationalen Antikriegstag!

Lustschub — die Warole für Luftkrieg

Im Hertulesaal der Münchener Residenz fand vorige Woche die erste Sitzung der auf zwei Tage festgelegten Tagung des Deutschen Luftschubes statt.

Der Präsident, Generalleutnant von Altrod, eröffnete die Tagung und begrüßte den Vertreter der bayerischen Regierung, den deutschnationalen Justizminister Görtner, die Angehörigen der Großindustrie, der Universität, der Kirche usw.

Diese paar Tatsachen genügen, um den militärisch-reaktionären Kurs des Luftschubes zu kennzeichnen. In dieser Gesellschaft befindet sich auch der bayerische Sozialdemokrat und Reichsbannerführer, Herr Auer.

Wenn betont wird, daß der Verein sich zur Aufgabe gemacht habe, die Unmenslichkeit und Kulturwidrigkeit des Gaskrieges zu brandmarken, so wird doch im gleichen Atemzuge betont, daß er es auch übernommen habe, die Bevölkerung Deutschlands über die neue Kriegführung aufzuklären, und darauf vorzubereiten. Es findet also eine ganz bestimmte, eindeutige, ideologische Beeinflussung der Bevölkerung, ein Hineinführen in eine Stimmung statt, die aus dem Bewußtsein des Wehrlosigkeitsgefühls hinüberlenkt zum aktiven Kampf gegen diese sogenannte Wehrlosigkeit und damit zum Kriegswillen überhaupt. Der Minister Görtner, der von der Ausschüßigkeit internationaler Abmachungen absolut überzeugt ist, begründete deshalb die Maßnahme auch als vorausschauende und vorbeachtliche Männer.

Der Ton sämtlicher Referate war denn auch darauf abgestimmt, daß Luft- und Gaskrieg gar nicht die Schrecken haben, die man so gemeinhin in der Öffentlichkeit annimmt. Schutzmaßnahmen liegen nicht improvisieren, erklärte Görtner, man müsse sie vorbereiten. In diesem Sinne erhoffte er von der Tagung einen entscheidenden Schritt nach vorwärts.

Dann sprach über militärische Abwehrmöglichkeiten ein Major a. D. 780, Verkehrsflugzeuge stünden in den europäischen Staaten 9600 Kriegsluftzeugen gegenüber. Doch nur die Bombenflugzeuge bildeten die Gefahr. Davon besaß Frankreich 510, Belgien 30, Polen 24, Tschoslo Slowakei 68 — im ganzen ungefähr 650. Die Umwandlung von Verkehrsflugzeugen in Kriegsluftzeuge sei nicht leicht möglich.

Der präsidierende General aber meinte am Schluß des Referats etwas bitter, man könne doch in Verkehrsflugzeugen mit Leichtigkeit eine Abwurfseinrichtung einfügen. Der Major war also diplomatischer als der General.

Der Referent fuhr fort, es sei eine Übertreibung zu sagen, daß Luftgeschwader alles Lebendige vernichten könnten. Für die Zerstörung eines bewohnten Gebietes von 10 Quadratkilometer seien je nach Flugzeuggattung 10 000 bis 20 000 Flugzeuge mit einer Bombenlast von 10 000 Tonnen nötig. Auf München träfe demnach ein Geschwader von 100 000 Flugzeugen. Auch das so sehr gefährdete Verprügen chemischer Stoffe sei von „untergeordneter Bedeutung“, da ihre Wirkung von Luftströmungen usw. abhängig. Sehr gefährlich seien Brandbomben, die bei Ausschlag 2000—3000 Grad Hitze entwickeln und deren Brandeffekt mit Wasser nicht zu löschen sei. Trotzdem bedeute der Luftgaskrieg eine ernste Gefahr, der man mit militärischen Abwehrmaßnahmen allein nicht beikommen könne. Sie müßten durch den „zivilen Luftschub“ ergänzt werden.

Ein weiteres Referat behandelte Siedlung und Luftschub. Der Vortragende ging auf die Wandlungen ein, die die Bauweise nach dem Krieg genommen habe. Die moderne Bauweise lenke keine Häuserblocks mehr, man sei zu einer offenen Bauweise, zuletzt zum Zeilenbau, aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen. Noch dazu sei man zum Flachbau übergegangen. Dadurch seien große, freie Flächen geschaffen, die sowohl die Treffmöglichkeit verringern, als auch eine rasche Entdeckung von Giftgasen ermöglichen würden. Der Luftschub erfordere ein Verhältnis der bebauten zur offenen Fläche von 1:8, höchstens 1:6. In der Praxis betrage das Verhältnis im Durchschnitt 1:4. Für militärische und behördliche Gebäude, industrielle Anlagen wird Dezentralisation verlangt. Man könne sagen, daß die neuen Bauweisen sich den Forderungen des Luftschubes anpassen.

Um diese Beweismittel der Arbeiterschaft mündgerecht zu machen, wurde des öfteren betont, daß man mit diesen Maßnahmen in ganz hervorragender Weise „Gesundheit und Wohlfahrt der Bevölkerung“ fördere.

Das letzte Referat behandelte modernes Bauwesen und Luftschub und verhielt sich in manchem mit dem vorhergehenden Vortrag. Gas-, Kraft- und Lichtwerke müßten in einzelne Teile aufgelöst

werden. Für schnellste Entdeckung und Reinigung der Luft müßte Vorsehung getroffen werden. Anlage von Leichen, Springbrunnen, Durchleitung von Dächern usw. sei nötig, Unterreitdämme, auf der Straße und im Hause, müßten gebaut werden, die leicht gasdicht ausgeführt werden könnten. Die Treppenhäuser sollen luftschichtartig angelegt, Türen und Fenster abgedichtet, Treppenhäuser und Wände mit Desinfektionsmittel versehen werden. Der Gasangriff aus der Luft sei „nicht so gefährlich“, nur wenn er unvorbereitet komme, werde er eine Panik verursachen. Massive Häuser widerständen den Erschütterungen von Explosivstoffen weniger als Häuserkonstruktionen aus Rahmen mit Füllwerk. Dahn gehe sowie die seelige Baumwolle aus wirtschaftlichen Gründen.

Überblickt man den Inhalt dieser Referate, so geht hervor, daß ausschließlich die Größe der Gefahr von Luftangriffen verkleinert und vertuscht wird. Die Bourgeoisie weiß, wie es steht, und das ist die Hauptsache. Sie wird, auch alle Möglichkeiten haben und ausnützen, sich selbst in Sicherheit zu bringen.

Der vorst. nde General schloß den ersten Tag der Beratung: Land ohne Grenzen, tausendjährige Geschichte, Niesenwall von Alpen, Friedrich der Große — Hurra!

In München wurde die Begleitmusik zur Verabschiedung des Kriegsbekämpfers im Reichstag gemacht. Die „nationale Einheitsfront“ im Geiste von 1914, bewilligte alles, was G. r. o. e. n. e. r. forderte: den offenen Kriegszustand von 700 Millionen ebenso wie den getarnten, die Kavallerie für den stillen Kriegsschauplatz und ganze Serien von Panzerkreuzern „gegen den Bolschewismus“, mit Genehmigung des englischen Imperialismus. Land s. b. e. r. g. erneuert das Bekenntnis der Kriegssozialisten, „in gemeinsamer Not zusammenzutreten“, und G. r. o. e. n. e. r. feiert Paul Boncour, dessen vorbildliche Lösung der „Vaterlandsverteidigung“ auch in Deutschland Nachahmung finden müsse.

So rüstet der deutsche Imperialismus zum neuen Weltgemel. Die schaffenden Massen zum Gegenstoß gegen dieses verbrecherische Treiben aufzurufen, zu mobilisieren und zu organisieren, ist unsere Aufgabe, die Aufgabe des revolutionären Proletariats! Gegen das neue Kriegsverbrechen Massenfront am 1. August!

Warum wurden Werner Hirsch und Slang verhaftet?

Die Hand der Sozialfaschisten

Die „Kölnische Rundschau“ schreibt: Aus zuverlässiger Quelle erfahren wir über die Verhaftung unserer Redakteure Werner Hirsch und Slang folgendes:

Am 27. Mai schickte die IA die Nummer der „M. Z.“ vom 6. Mai an die Staatsanwaltschaft mit der Aufforderung, zu prüfen, ob nicht ein Vergehen wegen Hochverrats vorliege. Der Staatsanwalt gab diesen Bericht an den Oberreichsanwalt weiter, der am 7. Juni der IA den Auftrag gab, den Genossen Hirsch wegen Verbauchs des Hochverrats zu vernehmen. Diesem Schreiben wurde hinzugefügt, daß im Falle eines Mordverdachts beim zuständigen Amtsgericht ein Haftbefehl erwirkt werden sollte.

Die IA verhängte die Verladung des Genossen Hirsch um zehn Tage, auf den 20. Juni, zwei Tage vor Wiedererscheinen der „Kölnischen Rundschau“. Sie hatte inzwischen alle Maßnahmen getroffen, um bei der Vernehmung des Genossen Hirsch einen Haftbefehl zu erwirken.

Dem Untersuchungsrichter des Amtsgerichts Mitte wurde ein langer Bericht über die Vorstrafen des Genossen Hirsch beigelegt, obwohl diese Vorstrafen durch die Amnestie erloschen sind. Es wurde darauf hingewiesen, daß Genosse Hirsch eine längere Festungshaft nicht angetreten hat. Der Sachverhalt ist der, daß Genosse Hirsch mehrfach auf Grund eines amtsärztlichen Gutachtens wegen Krankheit als unfähig erklärt wurde, daß er trotzdem im Februar 1928 verhaftet wurde, dann aber erneut wegen Krankheit aus der Haft entlassen werden mußte. Später war seine Strafe durch die Amnestie erloschen.

Das ist der Sachverhalt, der zur Konstruktion eines „Mordverdachts“ dienen mußte.

Beim Genossen Slang, der ebenfalls wegen Vorbereitung zum Hochverrat angeklagt ist, wurde für seine Verhaftung herangezogen, daß er unverheiratet und infolgedessen wirtschaftlich unabhängig sei!

Der Zweck dieses unerhörten Vorgehens gegen kommunistische Redakteure ist klar. Man spürt die Hand der Sozialfaschisten. Mit Zeitungsverboten, mit phantastisch hohen Geld- und Freiheitsstrafen, mit Verhaftungen unserer Redakteure soll die kommunistische Presse ruiniert werden.

Die 31 Toten der Maitage klagen an! Der Brotwucher der Sozialfaschisten weckt die Empörung der Arbeiter! Der Abbau der Sozialpolitik, das Hungerelend der Erwerbslosen, denen man die letzten Groschen Unterstüßung rauben will, rüttelt die Proleten wach!

Um die Schandtat an der Arbeiterschaft fortsetzen zu können, brauchen die Sozialfaschisten die Abwürgung der kommunistischen Presse.

Koalitionsschacher der sächsischen Sozialdemokratie

Dresden, 26. Juni. Nach dreimaliger ergebnisloser Wahl wurde gestern Dr. Bü n g e r (Deutsche Volkspartei), der bisher das Amt des Volksbildungsministeriums innehatte, zum sächsischen Ministerpräsidenten gewählt. Es ist damit zu rechnen, daß jetzt eine Bürgerblockregierung in Sachsen zustande kommt.

In den letzten Tagen hat die sächsische Sozialdemokratie offener denn je ihre Bereitwilligkeit zum Koalitionshandshake erklärt. Der

Vorsitzende des ADGB, Sachsen und Vertrauensmann des SPD-Parteivorstandes, Karl Arnold, erklärte in einer Rede auf einer Konferenz der sächsischen reformistischen Gewerkschaftsführer am letzten Sonntag in Dresden:

„Selbst wenn man die großen sozialen und finanziellen Forderungen der Arbeiter in Sachsen nicht durchsetzen könnte, was sich aus den politischen Verhältnissen von selbst ergäbe (!), so kommt es doch darauf an, daß man auch manches erhalten könne, was sonst gefährdet wäre, z. B. die proletarischen Feiertage, vor allem den 1. Mai (!). Gerade, weil auf der Rechten des Landtages eine Partei, nämlich das Zentrum, fehle, das zur Rücksicht auf die Arbeiterinteressen gezwungen sei, müßte die Sozialdemokratie zur Mitarbeit in der Regierung bereit sein.“

Die Konferenz faßte dementsprechend gegen 13 Stimmen eine Resolution, in der gesagt ist, daß die Konferenz es für dringend notwendig halte, die Bildung einer rein bürgerlichen und unter faschistischem Einfluß stehenden Regierung zu verhindern.

Die Interessen der Arbeiterschaft könnten am besten gewahrt werden, wenn sich die Sozialdemokratie mit maßgebendem Einfluß an der Regierung beteilige.

Dies sind dieselben verräterischen Argumente, mit denen die Müller und Severing ihre Schandtat an der Großen Koalition vor der Arbeiterschaft zu entschuldigen suchten.

Auch Abbau der Krisenfürsorge geplant aus den Beratungen des Sozialpolitischen Ausschusses

Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages fand am 25. Juni der Antrag der kommunistischen Fraktion auf Verlängerung und Ausbau der Krisenfürsorge zur Beratung. Die Kommunisten fordern in ihrem Antrag, an Stelle der am 29. Juli ablaufenden Krisenfürsorge eine neue Verordnung zu erlassen, nach der die ausgesteuerten Arbeitslosen allgemein in die Krisenfürsorge einbezogen werden. Die Höhe der Krisenunterstützung soll dieselbe sein wie die der Arbeitslosenunterstützung. Für den Fall der Ablehnung dieses Antrages lag ein Eventualantrag der kommunistischen Fraktion vor, der die Verlängerung der Krisenfürsorge ohne zeitliche Begrenzung und die Einbeziehung aller Berufsgruppen verlangte. Die letztere Forderung entsprach einem Beschluß des Reichsrates vom 8. Februar 1929, den der sozialdemokratische Reichsarbeitsminister Bissell bisher noch nicht durchgeführt hat.

Habt Ihr schon die Bestellung für die **WOCHENAUSGABE** der „Arbeiter-Zeitung“ aufgegeben?

Bezirksleitung Oberhessen für die Beschlüsse des Reichsparteitages

Die am Sonnabend stattgefundene Sitzung der erweiterten Bezirksleitung O. H. der SPD. nahm zum 12. Reichsparteitag Stellung und nahm folgende Entschliessung bei einer Stimmenthaltung einstimmig an:

Entschliessung.

Die heutige erweiterte Sitzung der Bezirksleitung O. H. der SPD. stellt sich nach Anhörung des Berichts vom 12. Reichsparteitag der SPD voll und ganz hinter die Beschlüsse des 12. Reichsparteitages. Die Mitglieder der Bezirksleitung geloben, alle ihre Kräfte und alle Kräfte des Bezirks zur Durchführung dieser Beschlüsse einzusetzen.

Die Bezirke einstimmig für die Beschlüsse des Reichsparteitages

Am Sonntag fanden in einer Reihe Bezirke erweiterte Bezirksleitungssitzungen statt, die zu den Ergebnissen und Beschlüssen des 12. Reichsparteitages Stellung nahmen. Überall, im Niederrhein, im Bezirk Nordwest, in Ostfriesland, wurden die Beschlüsse des 12. Reichsparteitages nach lebhaften Diskussionen einstimmig angenommen.

Frankreichs Raubkrieg in Marokko

Marokko ist wiederum zur Szene blutiger Angriffe seitens des französischen Imperialismus geworden. Während einer kriegerischen Aktion wurde vor kurzem ein französischer Truppenteil im Bezirk an der Nordgrenze von Tafilalet, unweit von Mit Jafub, umzingelt. Verfolgt von den Aufständischen, zogen sich die französischen Truppen auf Mit Jafub zurück. Sie wurden von den Aufständischen belagert. Im Verlaufe der Kämpfe wurden 13 französische Soldaten getötet, 10 verwundet und 81 werden vermißt.

Die Kämpfe um Mit Jafub sind ein Glied in der Kette kriegerischer Operationen, die der französische Imperialismus im Gebiete des Nordafrikas durchführt. Die blutigen Abenteuer Frankreichs im Jahre 1926/28 schlossen mit einer „Niederlage“ über den ackerbauenden Stamm der Rifas. Damit war jedoch keineswegs das Problem von Marokko für die französischen Imperialisten gelöst. Die Bezirke des nördlichen Atlas und Tafilalet waren nicht unterjocht.

Das nicht unterworfen und jetzt von der Aufstandsbewegung ergriffene Gebiet Marokkos umschließt eine Fläche von 100 Kilometer Länge und 52 Kilometer Breite. Es ist bevölkert von drei Stämmen: den Mit Gitta, Mit Merchab und Mit Hamu (zusammen über 100 000 Menschen).

Welche Gründe treiben den französischen Imperialismus zu seinem Angriff auf Marokko? Erstens das Verlangen, so schnell als möglich die noch freien Stämme zu unterjochen. Zweitens: der nördliche Atlas und Tafilalet besitzen reiche Schätze an Mineralien und Ackerbauländen. Dem muß hinzugefügt werden, daß in diesem Bezirk der Fluß Mit-Git-Wit fließt, von dem die Bewässerung und Elektrifizierung eines großen Teiles Marokkos abhängt. Endlich muß die Trans-Sahara-Eisenbahn durch einen Bezirk geführt werden, der von nicht unterjochten Stämmen besiedelt wird.

Jetzt, im Moment des neuen militärischen Handbuchs des französischen Imperialismus in Marokko, kämpft die kommunistische Partei Frankreichs, ebenso wie im Jahre 1925/26, gegen dieses blutige Abenteuer. Sie unterstützt in praktischer Weise die Aufstandsbewegung der unterjochten marokkanischen Stämme, sie rüst die französischen Soldaten zur Verbüßung auf mit allen denen, die gegen den französischen Imperialismus kämpfen.

In Sterkrade ereignete sich am Dienstag eine schwere Straßenbahnkatastrophe, bei der vier Belegte verletzt wurden. Drei davon sind gestorben.

Arbeiterkorrespondenten, helft rüsten zum 1. August

„Ich bin auch gegen den Krieg - aber nicht für einen Putzsch“

sagt mein Kollege im Betrieb. Er behauptet, in der SPD-Zeitung gelesen zu haben, daß das Westeuropäische Büro der Komintern zum Putzsch am 1. August aufgefördert hat.

Was soll ich ihm antworten?
Sehr einfach, Genosse. Kläre ihn auf, daß die SPD-Pressen eine solche angebliche Mitteilung des Westeuropäischen Büros glatt erfunden hat, um die Arbeiter vom Kampf gegen den imperialistischen Krieg abzuhalten, und lese ihm vor, was in der Mitteilung des Westeuropäischen Büros der Komintern zur Vorbereitung des Internationalen Kampftages gegen den imperialistischen Krieg wirklich erschienen ist:

„Gegen den Hege der internationalen Sozialdemokratie über einen „blutigen Putzsch“ und „Aufstand“ der Kommunisten, ist der Aufruf der kommunistischen Parteien zum Kampftag am 1. August ein Ruf zur politischen Massentätigkeit der arbeitenden Massen aller Länder, gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion. Die Formen der Durchführung des 1. August müssen Arbeitsniederlegung und Massendemonstrationen an dem betreffenden Tage sein.“ (Abgedruckt in der Internationalen Pressekorrespondenz Nr. 44, Jahrgang 1929, Seite 1061.)

Berichte uns, Genosse, was der Kollege nach deiner Antwort gesagt hat!

Doch nicht bloß über die Antwort der Kollegen und Kolleginnen auf das Zitat aus der „Impresso“ sollen uns die Arbeiterkorrespondenten berichten. Sie sollen über alles schreiben, was mithilft, den Kampf gegen die immer drohendere Kriegsgefahr zu steigern. Erfahrungen aus den Kriegsjahren 1914/18, Meinungen der Betriebskollegen, Maßnahmen der arbeiterfeindlichen Personen und Organisationen, insbesondere die Sozialdemokratie, zur Verdummung der Proleten, und zur Ablenkung ihrer Aufmerksamkeit von den Kriegszwecken gegen Sowjet-Rußland — darüber müssen die Arbeiterkorrespondenten berichten, um alle Werktätigen aufzuklären und einzureihen in die Kampffront gegen den Krieg.

Krieg dem Kriege! Das wird auch das Thema der am 30. Juni und 7. Juli in Schlesien stattfindenden

Arbeiterkorrespondenten-Konferenzen

sein. Am Sonntag, dem 30. Juni, finden die Konferenzen für die Unterbezirke Breslau-Ost, Görlitz, Schweidnitz-Striegau, Liegnitz und Waldenburg statt. Am Sonntag, dem 7. Juli, für die Unterbezirke Langenbielau, Riesengebirge, Grünberg und Gagan.

Für Breslau-Ost findet die Arbeiterkorrespondenten-Konferenz um 15 Uhr in der „Wratisslawia“, Mauritiusplatz, statt.

Für den Unterbezirk Waldenburg findet die Konferenz um 15 Uhr im „Eckstein“ statt.

Die Tagungsorte für die anderen Unterbezirke werden noch bekanntgegeben. Es sind dieselben, in denen am Vormittag desselben Tages die Unterbezirks-Delegierten-Konferenzen tagen. Die Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ erwartet von allen Arbeiterkorrespondenten, daß sie sich der Wichtigkeit des Antikriegskampfes voll bewußt sind, ihre Berichterstattung darauf einstellen, und der Einladung zur Konferenz Folge leisten werden.

Was geht im Dibir-Konzern vor?

Die Genossen der Adolfschütte in Großdubrau bei Bautzen fordern uns auf, folgenden Bericht über ihren Betrieb zu veröffentlichen.

Unser Betrieb ist mit der Herstellung von Chamotte und Dinas beschäftigt. Er erhielt jetzt einen neuen Betriebsleiter durch die Konzernleitung, dessen Aufgabe darin besteht, aus uns Proleten noch

mehr herauszupressen, als es jetzt bereits geschieht. Die Konzernleitung schickt ihn von Betrieb zu Betrieb, um den Profit zu erhöhen.

Die Arbeitsverhältnisse unseres Betriebes sind sehr schlecht. Die gesamte Belegschaft arbeitet wöchentlich nur 35 Stunden. Man erzählt uns, daß der gesamte Konzern, dessen Betriebe über ganz Deutschland verteilt sind, keine Aufträge habe. Die Aufträge für die Adolfschütte werden vom Konzernbüro Berlin-Bismarckdorf geschickt. Dort beschäftigen sich 200 Angestellte mit der Verteilung der Arbeit und den Verwaltungsarbeiten. Außerdem hat der Angestelltenapparat die Aufgabe, die Leistungsfähigkeit der Betriebe zu erhöhen, und so können wir heute schon feststellen, daß die Former zum Teil das Doppelte dessen leisten müssen, was sie 1925 bis 1926 leisteten. Um diese Ausbeutung noch mehr zu steigern, werden uns ständige Aufzeichnungen aus anderen Betrieben vorgezeigt und behauptet, daß die Arbeiter dort noch viel mehr leisteten als hier. Wir Arbeiter können es uns nicht denken, daß man noch mehr schufte

lann, als wir es jetzt tun müssen. Geht das noch eine Weile so weiter, dann brechen die Former zusammen. Früher hat der Direktor oft gesagt, daß sich unsere Leistungen sehen lassen können, heute sagt er das nicht mehr. Dabei läßt sich die schon erwähnte Leistungssteigerung gar nicht ableugnen; denn es muß hinzugefügt werden, daß wir an durchaus veralteten Maschinen arbeiten müssen, und daß die Defen in immer schlechteren Zustand geraten.

Um im gesamten Konzern der feuerfesten keramischen Industrie vorstehen zu können, verlangt unsere Belegschaft vom Fabrikarbeiterverband schon seit Jahren eine Konferenz der Betriebsräte. Die Verbandsleitung hat aber nichts unternommen, außer der Herausgabe einer Zusammenstellung über die Preise, Leistungen und Löhne. In jeder Belegschaftsversammlung wurde seitdem das Verlangen nach Aufnahme einer Verbindung und Aufnahme des einheitlichen Kampfes laut. Eine Zusage, die uns Anfang Dezember 1928 gegeben wurde, vor Weihnachten eine Konferenz stattfinden zu lassen, wurde wieder nicht erfüllt. Heute noch warten wir auf diese Konferenz.

Nach in unserem Betrieb wird immer deutlicher der Wille der Kollegen laut, nicht länger mit sich spielen zu lassen.

Wir fordern alle Kollegen der dem Dibir-Konzern zugehörigen Betriebe auf, unverzüglich die Verbindung mit der zuständigen Zeitung der SPD. aufzunehmen, damit wir in den Besitz ihrer Adressen gelangen, und uns mit ihnen verständigen können.

Offene Fraktionsarbeit der SPD. in den Gewerkschaften

Die Breslauer Gemeindegewerkschaften fordern 10 Pfennige Lohnerhöhung

Bekanntlich stehen die Breslauer Gemeindegewerkschaften gegenwärtig in einer Lohnbewegung. Die von den Funktionären aufgestellte Forderung verlangt eine Erhöhung aller Stundenlöhne um 10 Pfennig. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat in einer Funktionärskonferenz des Verbandes unterstrichen, daß diese Forderung nur als Mindestforderung gelten kann.

Die Notwendigkeit der Erhöhung der Stundenlöhne um mindestens 10 Pfennig braucht man nicht nachzuweisen. Von den jetzigen Löhnen können die Breslauer Gemeindegewerkschaften bestimmt kein menschenwürdiges Leben führen. Wenn man zugleich die fortschreitende Rationalisierung, die Millionenüberschüsse, die steigende Verteuerung aller Gegenstände des täglichen Bedarfs in Betracht zieht, so kann höchstens ein Schramm der Auffassung sein, daß für ihn, weil er ja kein Gemeindegewerkschafter, sondern Stadtrat ist, der Lohn eines Gemeindegewerkschafters ausreichend ist.

Wir berichteten bereits vor einigen Tagen über die Verhandlungen, die zwischen den Bürokrateuren des Gemeindegewerkschaftsverbandes und den Magistrats-Vertretern gepflogen wurden. Dabei haben wir insbesondere die Rolle des „linken“ Schramm gekennzeichnet, der erklärt hatte, daß er erst dann in Verhandlungen treten wolle, nachdem die Gewerkschaft die Forderung von 10 Pfennig fallen läßt. Die nächste Magistratsitzung soll sich mit der Forderung der städtischen Arbeiter beschäftigen. Es ist anzunehmen, daß die Forderung glatt abgelehnt wird, da der Magistrat das Geld für die „Buma“ braucht. Schon jetzt können sich die Gemeindegewerkschafter auf ein Magistratsangebot von einem oder zwei Pfennig, bei einer langen Tarifdauer, gefaßt machen. Ihre Aufgabe muß es sein, schon jetzt Kampfmaßnahmen zu treffen. Sie müssen sich im Klaren darüber sein, daß Blank und die anderen Reformisten keinesfalls einen ernsthaften Versuch machen werden, die angestellte Forderung durchzusetzen. Die Arbeiter müssen deshalb selbst an die Organisation des Kampfes herangehen. In allen Versammlungen muß sofort beschlossen werden, die 10-Pfennig-Forderung als Mindestforderung zu betrachten, und unter Führung selbstgewählter Kampfleitungen den Kampf für ihre Durchsetzung aufzunehmen.

In der Funktionärskonferenz, in der Blank den Bericht von den Lohnverhandlungen gab, paßierte unter anderem ein Vorschlag, der

noch einmal bestätigt, daß in den Augen der reformistischen Gewerkschaftsbürokraten der Verband lediglich eine Filiale der Sozialdemokratie ist.

In dieser Funktionärskonferenz, die am 20. Juni im kleinen Saale des Breslauer Gewerkschaftshauses stattfand, meldete sich u. a. der Kollege Heise zum Wort, und forderte in seiner Eigenschaft als Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion, die sozialdemokratischen Mitglieder des Gemeinde- und Staatsarbeiterverbandes auf, zu der nächsten Fraktionssitzung recht zahlreich zu erscheinen.

Darauf meldete sich der oppositionelle Kollege Strachotta zu Worte; er gab seiner Freude Ausdruck, den sozialdemokratischen Fraktionsleiter kennenzulernen und stellte fest, daß in Zukunft die Reformisten kein Recht haben, über die Fraktionsarbeit der revolutionären Opposition zu wettern, da sie doch offen zugeben, selbst Fraktionsarbeit zu machen.

Scheinbar war das Auftreten des Reformisten Heise den Obermachern Blank und Petrasch doch zu klump. Sie behaupteten, daß die sozialdemokratische Fraktion, deren Befehlen sie nicht mehr leugnen konnten, sich nicht mit Gewerkschaftsangelegenheiten befasse. Zugleich warfen sie der revolutionären Opposition Verleumdungsarbeit vor. Auch der Reformist Schwarz fühlte sich bemüht, die Behauptung aufzustellen, daß die sozialdemokratische Fraktion im Gemeindegewerkschaftsverband sich lediglich mit Bildungsfragen (Wahlprogramm!) befasse.

Es kommt nicht darauf an, was die Reformisten über den Inhalt ihrer Fraktionsarbeit sagen, sondern auf ihren tatsächlichen Zweck. Dieser Zweck ist unzweifelhaft die Abwehr des wachsenden Einflusses der Opposition durch ein organisiertes Aufstreben zurückzubämmen, und den Verband zu einem willigen Instrument in den Händen der Sozialdemokratie zur Unterstützung ihrer arbeiterfeindlichen, imperialistischen und sozialfaschistischen Politik zu machen. Gegen diese Absicht der Sozialdemokratie müssen sich die Verbandskollegen entschieden wehren.

Werbt für die Arbeiter-Zeitung

zur Verhinderung der Wirtschaftskämpfe der Land- und Forstarbeiter zu tun hat.

Rein Pfennig wurde an Streikunterstützung ausgegeben!

Rechnet man die Ausgaben zusammen, so wurde für die Mitglieder ausgegeben 953 000 Mark. Die Riesensumme von 7 168 061 Mark verschlang der Gehälter und Verwaltungskosten der Bürokratie. Diese Millionen teilen sich die 154 Kreisleiter, 15 Gauleiter, 5 Gausekretäre, 21 Hilfsarbeiter in den Gauen, 8 Vorstandsmitglieder, neun Sekretäre und 20 weitere Mitarbeiter im Endehaus in Berlin. Danach entfallen auf jeden Angestellten des DDB. an Gehalt und Verwaltungskosten im Jahre 10 300 Mark. Die Schmidt, Brandenburg, Jäder usw. beziehen außerdem noch ein Jahreseinkommen von rund 7000 Mark als Abgeordnete der SPD. Diese Leute brauchen sich also keine Sorgen ums tägliche Brot zu machen, wie die 150 000 Landarbeiter, die noch nicht die Betrugsmanöver der Bürokratie erkannt, und mit ihren Kollegen von der Opposition diese Verbrecher zum Tode verurteilt haben.

Die Landarbeiter im DDB. müssen die Absichten der sozialfaschistischen Führer zu nichte machen, die bewußt die Landarbeiter und Arbeiterinnen im DDB. sammeln, um sie den Junkern dienstbar zu machen. Von unten auf müssen sich die Landarbeiter ihre Kampforgane, ihre Kampfleitungen schaffen, und so unter revolutionärer Führung den Kampf gegen die blutgierige Junkersippe und ihre getreuen Diener, die reformistischen Führer im DDB., aufnehmen. Die Landarbeiter müssen, wenn im Interesse des Kampferfolges notwendig, die Statuten durchbrechen. Die 5. Generalversammlung des DDB. in Kiel legte ein Bekenntnis ab für die Wirtschaftsdemokratie, für das Bündnis mit den Junkern, für den Aufbau des Kapitalismus. Die Landproleten auf den Gütern, in den Dörfern müssen organisieren den Kampf gegen die Wirtschaftsfrieden, gegen Ausbeutung und Junkerfreiheit, für die Einheit aller Landproleten unter der roten Fahne des Klassenkampfes, für den Sturz der kapitalistischen Herrschaft, für die Aufrichtung der proletarischen Diktatur.

(Infolge Stoffmangels mußte dieser Artikel wiederholt zurückgestellt werden, und kann erst heute veröffentlicht werden.)

Die 5. Generalversammlung des deutschen Landarbeiterverbandes

Die „große Familie“ im Dienste der Junker

Von Franz Mörike-Berlin.

Am 15. März 1926 die bezahlten Epizentrionäre des DDB. in den Kammern zu Berlin zu ihrer 4. Generalversammlung zusammenzutreten, bezeichnete Georg Schmidt diesen DDB. als „eine große Familie“. Damit hatte er wohl das Richtige getroffen, insofern er die in der SPD. verpackte und verjüngerte Bürokratie meinte, die an der Spitze dieses Bundes steht. Diese Familie trat zu ihrer 5. Generalversammlung vom 2. bis 5. Juli in Kiel zusammen.

Der Höhepunkt der Tagung von 1926 war der Weg zur Wirtschaftsdemokratie.

Die 5. Generalversammlung der Familie Schmidt, Boldt und Kompagnie ging einen Schritt weiter. In der Periode der wachsenden Gegensätze, der Rationalisierung und der Kriegsvorbereitungen im Kapitalismus hatten die Führer des DDB. die Aufgabe zu erfüllen, die ihnen als Sozialimperialisten und Sozialfaschisten zufallt; den DDB. als Hilfsorgan zur Rettung des Kapitalismus in den Drang der Großgrundbesitzer und Gutsherren zu stellen. Das war die zentrale Frage, die auf dem Verbandstag stand und von Georg Schmidt in seinem Referat: „Unsere Stellung zu der wirtschaftlichen Lage der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebe Deutschlands“ behandelt wurde. Und er sagte in seiner Rede u. a.:

greifen, daß sie nicht nur zu produzieren haben, sondern auch Kaufmann sein müssen. Der DDB. ist bereit, in der Abfahrtsperiode tatkräftig mitzuwirken. Die Landwirte mögen sich endlich auf ihre Pflicht besinnen, die sie mit Rücksicht darauf zu erfüllen haben. Der DDB. hat und wird keine engkürnige Berufspolitik betreiben. Er ist sich vielmehr seiner Pflicht der Allgemeinheit gegenüber bewußt.“

Deutscher konnte dieser Reformist nicht für die offene Unterstützung der Junker sich einsetzen. Er Lomberg, ein Mann aus dem Bürgertum, der als gutbezahlter „wissenschaftlicher“ Mitarbeiter dem Georg Schmidt beigegeben ist, betonte, daß „der Weg zur Rentabilität der Landwirtschaft über eine neuzeitliche Betriebsführung gehe“. So zog sich durch alle Reden der Bongen der Gedanke und der Appell an die Parteimitglieder, doch den DDB. und seine Politik der Wirtschaftsdemokratie endlich als die anzuerkennen, die im Interesse des Wirtschaftsfriedens und somit im Interesse des Kapitalismus notwendig sei. Das ist die Politik der SPD. Daher war es eigentlich überflüssig, daß der Vertreter der Sozialdemokratischen Partei, Verbiel, auf „das gute Einvernehmen zwischen DDB. und SPD.“ hinwies. In Wirklichkeit ist ja der DDB. die sozialdemokratische Parteiorganisation auf dem Lande. In dieser ihrer Parteiarbeit wird die Familie Schmidt nicht gestört sein und daraus ist zu erklären, daß die oppositionellen Landproleten ausgeschlossen werden und die kommunistische Presse auf der Generalversammlung nicht zugelassen wurde, wohl aber die bürgerliche Presse und die des Landvolkes, die Presse der Arbeiter- und Bauernverbände ist mit den Reden und Beschlüssen der 5. Generalversammlung vollkommen zufrieden, denn sie können nicht ein Wort der Kritik.

Ein Blick auf die Einnahmen und Ausgaben und die Verwaltung des DDB. legt erkennen, daß man es mit einer gelben Organisation

„Die landwirtschaftlichen Unternehmer haben die Gefordernisse der Zeit nicht begriffen. Sie sind durch die falsche Politik des Bundes irregeführt worden. Die Unternehmer müssen be-

Margarine oder Höchstgehalt das ist die Frage...



Herr SPD-Stadtrat Landsberg, der Krankenhaus-Dezernent, der in einer der letzten Stadtverordneten-Sitzungen seinen Vorschlag...

Die Kaffeetanne als „Bombe“

Wir befinden uns in den Hundstagen. Wenn diese Zeitbestimmung auch mit der Witterung nicht ganz übereinstimmt. Wahr ist sie trotzdem.

Was heißt es, Sensationen suchen. Es kommt nur auf den „guten Willen“ an, und man findet sie.

Und diese Vorbildung besitzt zumindest der Nervenarzt Dr. Lewinsohn auf der Telegraphenstr. 10. Der fand gestern im Korridor seiner Wohnung einen länglichen Gegenstand.

Über schließlich mußte hast doch das Entsetzen verbreitende Instrument untersucht werden. Und da stellte es sich heraus, daß es eine Kaffeetanne war, die ein Patient vergessen hatte!!!

Die Sekretärin des Prälaten

von Alben Daudistel (Nachdruck verboten)

Da der Prälat durch sein Versehen babsichtigte, seine Sekretärin jenem jungen, blonden Doktor der Nationalökonomie gegenüber (den er ihr heimlich als seinen Spieß zugefellen wollte) unvorsichtig zu machen...

Madame Richmond legte die Briefpost, die sie geöffnet hatte, auf seinen Platz auf dem Schreibtisch und — sagte plötzlich zu dem Sinnerden: „Herr Prälat, es hat geklopft!“

Er schreckt antwortete er: „Wo, wo?“ Dann sagte er: „Ach so, ach so!“ Er rief zur Tür: „Ja!“ — Und herein kamen der Innenminister, der Justizminister, der General und der Meritale Referent für die Steuern.

Der Justizminister setzte sich auf den Schreibtisch, der Innenminister nahm Platz auf dem Stuhl vor der Schreibmaschine, der General lehnte sich ans Altentregal, der Steuerreferent steckte seine Hände in die Hosentaschen und erklärte: „Also heute sollen die Sozialisten ihre sozialpolitischen Anträge zur Debatte: sie ver-

Hahn-Brigen ausgeschifft

Selbst die Hausbesitzer haben ihn abgeschüttelt

Das Konzerthaus glück Dienstag einem Heerlager. Ein Riesenaufgebot von Schutzpolizei war erschienen; auf der Straße standen Flugblatverteiler, Plakatträger. Eine Gruppe „Gelber Knabler“ brüllte im Sprechchor: „Fort mit Hahn-Brigen!“

Was war denn da los? War das Konzerthaus nach der Gartenstraße verlegt worden?

Nein, etwas noch Schlimmeres war geschehen: Die Hausbesitzer wollten sich einen Vorstand wählen. Und das ist gräßlicher als eine Reichstagswahl. Glücklicherweise verlautet, daß ein großer Teil der vorgestern versammelten Hauspächter, bevor sie zur Wahl schlacht eilten, die Sterbeakramente ihrer jeweiligen Kirche empfangen hatte. Sie hatten sich eben auf alles gefaßt gemacht.

Es gab zwei Parteien: die Partei des Rechtsanwalts Strauß und die Partei Hahn-Brigen. Als die Versammlung begann, wollte man sich erst mit Bierseibern und Stühlen die Hohlköpfe einschlagen. Aber weil Polizei da war, unterließ man es und begnügte sich damit, sich gegenseitig Rosenamen zuzurufen, die in keinem deut-

sehen Wörterbuch enthalten sind. Hier und dort mag es wohl auch eine Backpflaße gegeben haben, aber das fällt unter „Grüßern“ nicht weiter auf.

Und dann wurde gewählt. Das Ergebnis ist eine nieder-schmetternde Blamage für Hahn-Brigen, der sich bisher als unbesiegbarer Gott der Hauspächter vorstahl. Sein Gegner Strauß wurde mit 632 Stimmen gewählt. Hahn-Brigen bekam nur 400 und flog in großem Bogen aus dem Vorstand der „Wohlfahrtsorganisation“ heraus; es dürfte jetzt wohl auch nicht mehr lange dauern, und er wird auch als Mitglied des Vereins ausgeschlossen.

Hahn-Brigen, der als beachtliche Persönlichkeit schon lange tot war, ist damit noch über. Wer seine Verbissenheit kennt, wird sich allerdings darauf gefaßt machen, daß er in der nächsten Zeit jede Gelegenheit wahrnehmen wird, die verlorenen Positionen wieder zu erobern. Doch dies dürfte ihm kaum gelingen. Immerhin stehen einige sicher sehr erschütternde Zwischenfälle bevor.

Auf die wir mit Vergnügen warten. Bitte, bedienen Sie uns, Herr Hahn!

Schlesische Weber in Not!

Der Reichsvorstand der „Internationalen Arbeiter-Hilfe“ wendet sich erneut mit folgendem Aufruf an die Werktätigen in allen Gebieten Deutschlands.

Trotz der überaus ärmlichen Verhältnisse konnte die I.A.H. in Schlesien bisher in verschiedenen Orten an die Ausgesperrten und Streikenden Lebensmittelpakete verteilen. Von den hohen Löhnen haben die schlesischen Bergarbeiter und die in Arbeit stehenden Proletarier geopfert. Polizei und Gewerkschaftsbürokratie denunzieren die Mitarbeiter der I.A.H., so daß die Kräfte im schlesischen Bezirk selber gehemmt sind. Um so dringender müssen die Arbeiter und alle, die für Erhaltung der Kampffront in Schlesien sind, den dringenden Ruf aus Schlesien hören, und die Arbeiten der I.A.H. unterstützen.

Daß die schlesischen Weber die schlechtestbezahltesten Arbeiter sind, ist bereits sprichwörtlich. Daß die Weber unter den furchtbaren Wohnungsverhältnissen ihr Leben fristen müssen, ist bekannt. Um wie viel mehr muß das geholfen werden! Daß Unternehmerwillkür keine Grenzen setzt, weiß jeder. Daß die Polizei die aufopferungsvollen Helfer in Schlesien unter Anklage setzt, und damit sich mit den Unternehmern solidarisiert, ist bereits Tatsache geworden. Die Arbeiterschaft an der Wasserfront, das Ruhrproletariat, alle, alle müssen den Ruf hören und helfen.

Die Aussperrung geht weiter. Helft sofort! Auch die kleinsten Summen stärken!

Reichsvorstand der I.A.H. Alfons Goldschmidt, 1. Vorsitzender; Georg Dünninghaus, Reichssekretär.

vollzugsbehörden wiederholt gegen Goelz schwere Arreststrafen verhängt und ihm sogar in Groß-Strehlyk Weichnachtspakete verweigert haben. Ebenso erlosenen sind die Mißhandlungen in Münster. Sie sind in seinem Buch „Vom weißen Kreuz zur roten Fahne“ ausführlich geschildert, trotzdem haben die Strafvollzugsbehörden nicht einmal den Versuch gemacht, diese Angriffe und Anklagen zu widerlegen. Goelz handelt im Interesse aller Gefangenen, wenn er diese Verbrechen immer wieder anprangert. Mag die „Volkswacht“ diese Anklagen gegen den Strafvollzug als „widerrätlich“ bezeichnen. Jeder Arbeiter hat für die Mißhandlung wechloser Gefangener durch Prügelhieben in Uniform und die Verteilung solcher Niederträchtigkeiten nur ein Pfund übrig.

Wie strupplos die SPD in ihrer Hege ist, wird durch die Tatsache illustriert, daß sie in Langenbielau und Waldenburg verbreiten ließ, Mag Goelz wäre gar nicht in Schlesien, es handelt sich um einen fälschlichen Mag Goelz. Die „Volkswacht“ hat es sogar gemagt, nach der Rundgebung diese unverschämte Lüge weiter zu verbreiten. Dadurch wird der Friede der Hege gekennzeichnet. Die SPD-Prese will erreichen, die Arbeiter von den Goelz-Rundgebungen fernzuhalten. Ein, wie die Demonstrationen in Breslau, Waldenburg und Langenbielau gezeigt haben, vollkommen vergebliches Bemühen.

Die Unterbezirkskonferenz Breslau-Oblau

findet Sonntag, 8 Uhr vormittags, in der „Wratisslawia“, Breslau, Mauritiusplatz, statt. Alle Ortsgruppen müssen, entsprechend dem Wahlmodus, vertreten sein.

Mittelschlesien

Die Strehleener Arbeiterschaft

beteiligt sich am Sonnabend an der Jugend-Vorstellung in Hussinitz, um 20 Uhr, Auftreten der „Roten Blitze“

Oblau. Tödlich verunglückt. Als die 71-jährige Frau Kreusel in der Küche einen Schwächeanfall erlitt, riß sie den Gaschlauch am Gasherd ab. Man fand sie tot auf.

Wer kann sich so etwas leisten!

Das hört man oft, wenn von einem Kelle, eines behaglichen Wohnung oder sonst einer kostspieligen Sache die Rede ist! Auch Sie können sich „so etwas“ leisten, wenn Sie wacker anfangen zu sparen und sich Ihre Ersparnisse auf der Sparkasse anlegen!

Städt. Sparkasse zu Breslau

Schon wieder ein Unfall auf dem Wertheimbau

Gestern um 15,45 Uhr ereignete sich auf dem Wertheimbau an der Schweidnitzer Straße ein weiterer Unglücksfall. Der Maurerlehrling Walter Gerlich, Gottschalkstraße 4 wohnhaft, stürzte von einer in das zweite Obergeschloß führenden Leiter ab und zog sich hierbei einen Bruch des linken Schulterblattes sowie andere Verletzungen zu. Er wurde nach dem Wenzel-Hande-Krankenhaus gebracht.

Nochmals die Spargelstangen der „Volkswacht“

Unsere Kennzeichnung der SPD-Hege gegen Mag Goelz hat die „Volkswacht“ zu einer nochmaligen Lendenlahmen Polemik gegen uns veranlaßt. Zunächst behauptet das geistreiche Blatt, wir hätten erst nach drei Tagen uns zu einer Erwiderung auf ihren Goelz-Artikel ausgedrückt. Bekanntlich aber liegen zwischen Sonnabend und Dienstag nur zwei Erscheinungstage der „Arbeiter-Zeitung“. Der „Volkswacht“-Schreiber kann also nicht einmal bis drei zählen. Der knappe Raum in der Montagnummer war uns viel zu schade zur Widerlegung der albernen Behauptungen des Flurströßenblattes über die „abgezählten Spargelstangen“. Und wenn die „Volkswacht“ gestern, um Mag Goelz zu insaminieren, hinzufügt, daß dieser nicht nur Spargel, sondern auch Schokolade etc. erhalten hat, so steht das auf derselben Höhe. Mag Goelz hat sich vorübergehend während seiner Klettschauer Einkerkerung einige Erleichterungen erkämpft. Dadurch wird die Tatsache nicht widerlegt, daß die Straf-

langen Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung um 25 Prozent, die Renten für Arbeitsinvaliden und die Hinterbliebenen- und Kriegsbeschädigtenrenten sollen um 50 Prozent erhöht werden...

Der Justizminister unterbrach: „Um... Die Sozialisten wissen, daß die Kommunisten nicht gegen derartige Anträge stimmen können; die Sozialisten nehmen aber auch mit Recht an, daß die Meritalen und die Nationalen gegen derartige Anträge stimmen...“

Der Innenminister lispelte spitzbübisch: „Somit erreichen die sozialistischen Anträge nicht die notwendige Stimmenmehrheit und...“

Der Prälat ergänzte „... und, und die Sozialisten würden dann im Lande herumschreien: Seht, die Meritalen und die Nationalen haben nicht gewollt, daß die sozialistischen Anträge gegen die Verelendung des Volkes durchgesetzt werden...“

Der General betonte: „Die Sozialisten haben bei der letzten Parlamentswahl dadurch ihre Sitze im Landesparlament um zehn vermehren können, daß sie ihre Wahlpropaganda unter der Parole führten: Gegen den Kriegsschiffbau, für neue Wohnungen! — Wer dann, als sie durch ihre sentimentalen Wahlversprechen das Stimmvieh gewonnen hatten, haben sie im Plenum glatt für den Kriegsschiffbau gestimmt...“

Der Justizminister betonte: „Damit nun dieser Betrug, den sie an ihren Wählermassen ausführten, in Vergessenheit geraten soll, haben sie ihre sozialpolitischen Anträge zur Debatte gestellt; zumal sie wußten, daß ihre Anträge nicht durchgesetzt werden können...“

Der Prälat sagte hart: „Solch eine Propaganda speziell gegen die Meritalen müssen wir nicht nur unmöglich machen, sondern sie sogar umbiegen, so daß die Sozialisten von der giftigen Spitze, die sie gegen uns richteten, schwer getroffen werden...“ Der Prälat beleckte seine Lippen und sagte: „Die Debatte über die sozialistischen Anträge muß von uns im Verein mit den Nationalen ohne bemerkenswerte Opposition geführt werden. Wenn dann die Sozialisten merken, daß wir ihre Scheinpolitik sabotieren, ziehen sie schweigend,

ihre Anträge zurück und...“ Der Prälat schloß seine Ausführungen: „... und dann predigen wir im Lande herum: Seht, erst versprochen Euch die Sozialisten, aus sozialen Gründen gegen den Kriegsschiffbau zu stimmen und — für Wohnungen zu sorgen; und dann, als sie Euch gewonnen hatten, stimmten sie doch für den Kriegsschiffbau und — zogen sogar ihre eigenen sozialpolitischen Anträge zurück...“

Der Steuerpolitiker erklärte: „Es bleibt den Sozialisten nichts anderes zu tun übrig, als ihre Anträge, sobald sie merken, daß wir dafür stimmen, zurückzuziehen. Denn — würden ihre Anträge zum Gesetz, so müßte gerade das werktätige Volk steuerlich mehr belastet werden, weil die Staatsgelder zur Verwirklichung der sozialistischen Anträge fehlen...“

Der Innenminister lächelte zum Justizminister: „Die Meritalen Minister müßten natürlich, wenn die Sozialisten ihre Anträge nicht zurückziehen, aus der Regierung auscheiden und — die neuen sozialistischen Minister wären dadurch ganz automatisch gezwungen, selbst der breiten Masse der Werktätigen die neuen Steuern aufzuhalsen. Wir und die Nationalen bleiben dann in Opposition und könnten im Lande ein Wortschweigen gegen die neuen Steuern anschlagen. Das wäre eine ungeheuer durchschlagkräftige Propaganda gegen die Sozialisten. Wir würden im Verein mit den Nationalen ein Mißtrauensvotum gegen die sozialistische Regierung richten und — die Folgen wären: Auflösung des Landesparlaments, Neuwahlen und — der Sieg der Meritalen...“

Der Prälat sagte: „In einer Stunde beginnt die Debatte; ich bitte Sie noch schnell zur Fraktionskonferenz; rufen Sie unsere Kollegen herbei!“ Er drängte die Politiker kameradschaftlich-berd zur Türe hinaus. Er folgte ihnen, kam aber nach einer geraden Weile wieder in sein Büro, und zwar mit jenem jungen Nationalökonom Dr. Thibaut, Er machte ihn mit seiner Sekretärin bekannt.

Waldenburger Bergland

Aufdeckung von Mißständen

wird vom Klassengericht bestraft

Geldstrafe für die „Arbeiter-Zeitung“ trotz Wahrheitsbeweises — Um die Feuerlochstückgelder in Gottesberg

Am 15. Dezember vergangenen Jahres veröffentlichte die „Arbeiter-Zeitung“ mehrere Arbeiterkorrespondenzen, in denen verschiedene Mißstände der Stadt Gottesberg angeprangert wurden. Eine dieser Korrespondenzen, die die Ueberchrift „Gottesberger Müllabfuhr“ trug, stellte u. a. fest, daß ein Betrag von 700 Mark jährlich, der von der Schlesischen Feuerlochstädte für die Verrichtung verschiedener Arbeiten an die Stadt Gottesberg gezahlt wurde, in den Taschen des Baumeisters Lange und Verwaltungsinpektors Güttler landete, obwohl diese die Arbeiten, die im Interesse der Feuerlochstädte notwendig waren, während ihrer Dienstzeit ausführten.

Diese Artikel nahmen die beiden städtischen Beamten zum Anlaß, einen Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gegen den verantwortlichen Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“, den Genossen Biewald, zu stellen. Der Gottesberger Magistrat schloß sich der Klage an. Der eingeleitete Prozeß endete mit der Verurteilung des Genossen Biewald zu 50 Mark.

Geldstrafe und Tragung der Gerichtskosten. Die Verurteilung erfolgte, obwohl Genosse Biewald den Wahrheitsbeweis im vollen Umfange antreten konnte. Insbesondere stellte der Genosse Biewald folgenden Tatbestand fest:

Der am 15. Dezember in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlichte Artikel veranlaßte den Gottesberger Magistrat, einen Untersuchungsausschuß einzusetzen. Dieser prüfte die in dem Artikel aufgeführten Behauptungen und kam zu dem Ergebnis, daß sie durch die Tatsachen entsprachen. Das Geld der Feuerlochstädte wurde an die städtischen Beamten neben ihrem Gehalt ausgezahlt. Hierzu lag ein Magistratsbeschuß aus dem Jahre 1913 vor. Anlässlich der Kommunalneuwahl 1919 wurde dieser Beschuß erneuert. Nach der Neuwahl 1924 erfolgte eine Erneuerung des Beschlusses nicht. Der Untersuchungsausschuß wurde durch die von ihm gemachten Feststellungen veranlaßt, dem Magistrat vorzuschlagen, eine andere Verwendung der von der Feuerlochstädte einfließenden Gelder vorzuschlagen. Diesem Vorschlag kam der Magistrat nach. Alle Beschlüsse wurden im Untersuchungsausschuß, der sich aus Vertretern aller Parteien zusammensetzte, einstimmig gefaßt.

Man stelle sich vor: Die „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht einen Artikel, in dem bestehende Mißstände kritisiert werden. Der Artikel veranlaßt eine unparteiliche Untersuchung, die dazu führt, daß der Stadt Gottesberg eine Summe Geldes erspart wird. Damit wird der Beweis erbracht, daß die Kritik der „Arbeiter-Zeitung“ ins Schwarze traf. Trotzdem wird der verantwortliche Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ verurteilt.

In der Urteilsbegründung stellte der Richter ausdrücklich fest, daß eine formale Beleidigung im Artikel nicht enthalten war. Zum Vorwand der Verurteilung nahm das Gericht die Formulierung, „obwohl sie (die städtischen Beamten) gar nicht (die Gelder in die Tasche zu stecken) berechtigt sind“. Gewiß, nach dem Magistratsbeschuß aus dem Jahre 1913 waren sie dazu berechtigt. Das Gegenteil davon wurde in dem Artikel auch nicht behauptet. Es wurde lediglich gesagt, daß es keinesfalls richtig war, daß die städtischen Beamten neben ihrem Gehalt auch noch die 700 Mark einsteckten.

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist ein Organ der kommunistischen Partei. Kann man da von einem Klassengericht erwarten, daß es einen Redakteur der „Arbeiter-Zeitung“ freispricht?

Selbstverständlich hat Genosse Biewald gegen das Urteil Berufung eingelegt.

Arbeiterkorrespondenten

Am Sonntag, dem 30. Juni, um 15 Uhr, findet im „Edelstein“, Waldenburg, eine Konferenz der Arbeiterkorrespondenten aus allen Betrieben und Orten des Unterbezirks Waldenburg statt.

Arbeiterkorrespondenten, erscheint restlos. Ein Vertreter der Redaktion ist anwesend.

Oberes Revier

Interessengemeinschaft der Neubauwerker gegründet

Am Sonntag fand in Gottesberg im Schützenhause eine Versammlung der Mieter der städtischen Neubauten statt. Sie hatte den Zweck, eine Interessen-Vereinigung der Mieter der städtischen Neubauten zu gründen. Nachdem Fried und Ziel der Vereinigung bekanntgegeben war, wurde die Gründung beschlossen. In den Vorstand wurden die Mietgenossen Grindel als erster Vorsitzender, Herlich als Kassierer und Pieberg als Schriftführer gewählt. Als Beisitzer fungieren die Mietgenossen Ulrich und Pawelz. Nachdem die Wahl des Vorstandes erledigt war, übernahm der neugewählte Vorstand alle weiteren Geschäfte. Der Vertrag wurde auf 20 Pfg. den Monat, ab Juli, festgesetzt. Die nächste Versammlung wurde in 14 Tagen anberaumt, sie soll gut vorbereitet werden. Nachdem Mietgenosse Grindel noch einmal über Machinationen des Magistrats gesprochen hatte, forderte er alle Anwesenden auf, die eifrigste Arbeit zu entfalten, um dann geschlossen nicht nur alle Verschlechterungen abzuwehren, sondern auch Verbesserungen durchzusetzen. Damit fand die gutverlaufene Versammlung ihr Ende.

Freiburg

30 Jahre Versailler Friedensvertrag

Die kommunistische Partei ruft für Freitag abend 20 Uhr im Gesellschaftshaus zu einer öffentlichen Versammlung mit dem Thema: 30 Jahre Versailler Friedensvertrag. Das Pariser Abkommen bringt neue Lasten. Was muß getan werden, um zu verhindern, daß diese wieder auf die Arbeiter abgewälzt werden? Jeder hole sich Aufklärung am Freitag.

Für die Textilarbeiter

Auf energisches Betreiben unseres Genossen im Wohlfahrtsamt nahm der Ausschuß einen Antrag an den Magistrat an, der eine einmalige Wirtschaftshilfe für die ausgesperrten Textilproleten fordert. — Hoffentlich wartet der Magistrat nicht, bis die Arbeiter verhungern.

Striegau

Ein Kind verbrannt. Das dreijährige Töchterchen des Hauptlehrers Jense aus Pilschitz kam dem Spiritusocher so nahe, daß die Kleider Feuer fingen. Das Kind erlitt so schwere Brandwunden, daß es ihnen erliegen ist.

Niederschlesien

Görlitz

Antifaschisten-Kundgebung

am Freitag, dem 28. Juni 1929

Antreten: 19 Uhr am Nikolaistadtgraben
Ansprache: 20,30 Uhr am Untermarkt

Einheitsfront vom Stahlhelm bis zum Arbeiter-radfahrerbund in Leopoldshain

Eine der klassenbewußtesten Organisationen innerhalb der Arbeiterportbewegung waren vor dem Kriege (und zum Teil heute noch) die Arbeiter-radfahrervereine. Vor allem auf dem Lande waren sie die Bahnweiser für den Arbeitersport, sowie für die sozialistische Bewegung. Wenn man aber, wie am vergangenen Sonntag in Leopoldshain, beim fünfzigjährigen Stiftungsfest des bürgerlichen Gesangsvereins „Sandkiste“, Arbeiter-radfahrer mit dem roten Banner voran, gemeinsam mit Stahlhelm, Landjugend und noch anderen bürgerlichen Organisationen an dem Umzuge durch das Dorf teilnehmen sieht, und beim Einzug in den Festgarten die Arbeiter-radfahrer für den Stahlhelm und die anderen bürgerlichen Vereine Spalier bilden, so müßte das doch auch endlich der Arbeiterschaft in Leopoldshain zu denken geben. Vor allem, wenn sich ihr führender Genosse von der Sozialdemokratie an erster Stelle an diesem Nummel beteiligt. Ist doch derselbe Vorsitzende des Arbeiter-radfahrervereins Vorstand der SPD und Schöffe im Dorfe. Arbeiter von Leopoldshain, das ist die vielgepriesene „Arbeitsgemeinschaft“, durch die man ewer Klassenbewußtsein in den Tret nicht. Denkt daran, wie man euch früher von seiten jener Leute behandelte, mit denen ihr heute gemeinsam Umzüge macht. Man verweigerte euch jedes Vokal, ja, man brachte es fertig, die Hände auf euch zu legen. Und heute feiert ihr mit jenen Feinde. Macht Schluß mit jenen Arbeitervertretern, die durch solche Umzüge wie am Sonntag eure Klasse beschmutzen. Nicht gemeinsam feste feiern, sondern klaren Klassenstandpunkt als Arbeiterportler vertreten! Nur so werdet ihr euch die Achtung, die dem Arbeitersport gebührt, erringen; andernfalls werdet ihr nur Hohn und Spott ernten.

Rauscha

Der geplante Agitationsausflug fällt am 30. Juni aus, wegen der Werbekampagne für Partei und Presse und wegen der Unterbezirkskonferenz. Er muß bis Mitte Juli verlagert werden.

Kolporteurswechsel. Wir geben unseren Abonnenten zur Kenntnis, daß am 1. Juli an Stelle des Kolporteurs Alfred Kocher der Genosse Felix Lindner die Kolportage übernimmt. Adresse: Felix Lindner, Rauscha, Freiwaldauer Straße 280.

Sagan

Die letzte Stadtratswahl

erledigte die auf der Tagesordnung stehenden 21 Punkte innerhalb zwei Stunden. Es handelte sich größtenteils um Kenntnisnahme von Berichten und Bewilligungen von Geldern zur Reparation von Wintergassen. Der Magistrat teilte mit, daß er den Antrag der kommunistischen Fraktion auf Erhöhung der Unterstützungssätze für Armenempfänger abgelehnt hat. Genosse Geyper stellte die Anfrage nach dem „Warum“ und beantragte, nochmals darüber zu verhandeln, was von der Einheitsfront der Bürgerlichen und Sozialdemokraten abgelehnt wurde. Aus Sparmaßnahmen werden zur Arbeitsbeschäftigung nur zwei Vertreter entsandt, ein Magistratsmitglied und ein Vertreter der Stadtverordnetenversammlung. Der Berichterstatter über den Geschäftsbericht der Sparkasse stellte fest, daß der Gewinn im letzten Jahre hinter dem vorhergehenden zurückbleibt, infolge Rückganges der Sparanlagen. Dann wurden, ein Nachspiel zu dem letzten Winter, die Kosten für Schneefuhr, Straßenreinigung, Verkehrsmittel, Gesundheitsfürsorge und Bekämpfung, Ver-

pflegung usw. in Höhe von 26 665,09 Mark bewilligt. Genosse Geyper berichtete über die Annahme der M.W.-Stiftung von 10 000 Mark für die Kaiser-Wilhelm-Stiftung. Als Gegenleistung erhält die Firma eine Freistelle, die ein alter Arbeiter der Firma einnehmen soll. Mit Recht stellte Genosse Geyper fest, daß es der Firma nur möglich ist, der Stadt ein solches „Geschenk“ zu machen, weil sie ihren Arbeitern so niedrige Löhne zahlt. Es müßte eigentlich heißen „Stiftung der M.W. für die Arbeiterschaft“. Der Stadtverordnetenvorsitzer hatte diese Ausführungen nicht erwartet. Er sprach dagegen und „bedankte“ sich bei der Firma für die Stiftung. Es wurde dann eine Anleihe von 70 000 Mark aufgenommen zur Beilegung von Wasserrohrschäden, und die Kosten für Anschaffung von Turngeräten bewilligt. Der Antrag des Arbeiter-Turnvereins, Bewilligung von 400 Mark zur Teilnahme am Bundesfest in Nürnberg, wird trotz eingehender Begründung von Kommunisten und Sozialdemokraten, von der bürgerlichen Mehrheit abgelehnt. Es werden noch einige kleine Parzellen Land verkauft, und nach einem Vortrag des Steuerdezernenten über den Haushaltsplan 1929/30 erreicht die Versammlung ihr Ende. In der geheimen Sitzung werden zwei Büroangestellte als ständige Angestellte angestellt.

Liegnitz

Einhalb Jahre Gefängnis für einen Kranken.

Unter Ausschluß der Öffentlichkeit verhandelte das Schöffengericht gegen den Arbeiter August Kiechle. Er hatte sich in den Anlagen an der Siegeshöhe vorübergehenden Frauen in sogenannter schamloser Weise genähert und seine Geschlechtsorgane entblößt. Da er wegen desselben Delikts vorbestraft ist, erhielt er 1 Jahr 6 Monate Gefängnis. Der als psychiatrischer Sachverständiger vernommene Medizinalrath Dr. Polle bezeichnete den Angeklagten als Psychopathen, dem aber der Schutz des § 51 nicht zuzubilligen sei (?).

Liebesraub — Liebesleid: In einem Restaurant in der Breslauer Straße machte der Knopflochneider Oskar Sch. am 13. April die Bekanntschaft eines Stellenbesizers aus Ober-Heidau. In diesem die Kellnerin gut gefiel, erbot sich Sch., ihm noch viele andere hübsche Mädchen zu zeigen. Man machte eine ausgedehnte Bierreise, bei der die beiden neuen Freunde gegenständig spendierten. Fast alle Lokale mit weiblicher Bedienung wurden abgeklappt. Endlich nahm Sch. den Stellenbesizer, der eine größere Summe Geldes in der Tasche hatte, in die Spoorstraße zu einer Sittendirne mit. Er empfahl vorher, das Papiergeld aus dem Portemonnaie zu nehmen und in die Jodettasche zu stecken — zur Sicherheit. Während des Schäferstündchens blieb er im Zimmer. Plötzlich verschwand er aber spurlos. Der Stellenbesizer mußte dann feststellen, daß ihm an die 140 Mark gestohlen worden waren. Sch., der bisher unbestraft ist, und von dem Diebstahl, der nur im Raub geschehen sein könnte, nichts mehr zu wissen erklärte, erhielt drei Wochen Gefängnis.

Glogau

SPD. gegen die Klein- und Sozialrentner.

A. R. Die „Arbeiterfreundliche“ Politik der SPD. macht sich auch in Glogau bemerkbar. Dort erhielten einige Klein- und Sozialrentner folgendes, von Honazis unterzeichnetes Schreiben: Die Zahlung der Ihnen bisher gewährten Klein-Sozial-Rentner-Unterstützung haben wir nach Prüfung der Verhältnisse ab 1. Juni 1929 eingestellt, da eine Bedürftigkeit nicht mehr vorliegt. Gegen diesen Bescheid steht Ihnen das Recht des Einspruchs innerhalb 14 Tagen beim hiesigen Magistrat zu. gez. Honazis. Dieser Honazis ist Stadtrat der SPD. und seit einigen Wochen Deputierter des Wohlfahrtsamtes, was die Sozial- und Kleinrentner bereits zu spüren bekommen. Honazis, der früher als Kihlgergele ebenfalls in den Reihen der Proleten kämpfte, versucht heute, wo er Stadtrat, Hausbesitzer und Besitzer eines Zigarrengeschäfts ist, seinen großen Vorbildern Müller, Hilferding usw. nachzugehen. Um die Handlungswiese dieses Honazis richtig beurteilen zu können, sei nur ein

Beispiel herausgegriffen: Ein Sozialrentner Ehepaar erhält vom Staat 37 Mark und vom Wohlfahrtsamt 16 Mark Unterstützung. Jetzt kommen von der Wohlfahrtsunterstützung 10 Mark in Abzug, so daß ihnen nur 43 Mark zum Leben bleiben. Vielleicht sucht sich Honazis damit zu entschuldigen, daß der Wohlfahrtsbeitrag um 80 000 Mark gekürzt wurde, so daß er zu diesen Maßnahmen gezwungen ist. Deshalb sei ausdrücklich festgestellt, daß der Etat mit den Stimmen der Sozialdemokraten beschlossen wurde.

In der Dienstag-Ausgabe der „Schwarzen Tante“ lesen wir wieder einen Heftartikel gegen die Kommunisten. Er berichtet über Zwischenfälle in Hamburg, obwohl feststeht, daß an diesen die Polizei schuld war. Arbeitsbrüder, laßt euch von diesen Blättern nicht den Kopf verdrehen. Jeder Arbeiter, der diese Zeitung kauft, gibt sein schwerverdientes Geld gegen sich selbst aus. Es ist Pflicht eines jeden Arbeiters, unsere Parteipresse zu unterstützen. Eine Kolportage ist hier am Orte eingerichtet. Bestellungen auf Abonnements nehmen die Zeitungsaussträger entgegen.

Aus dem Riesengebirge

Kein Ueberfall, sondern Unterdrückung von Gewerkschaftsgeldern

A. R. Die Notiz, daß eine Frau aus Erdmannsdorf angefallen und um 500 Mark beraubt wurde, die zur Auszahlung der ausgesperrten Textilarbeiter gelangen sollten, entspricht nicht den Tatsachen. Mit der Angelegenheit befaßt sich die Staatsanwaltschaft. Es hat bereits ein Vorkostermin stattgefunden, und es ist festgestellt worden, daß ein Ueberfall nicht in Frage kommen kann, sondern Veruntreuung von kassierten Verbandsgeldern. Niemand von den ausgesperrten Textilarbeitern glaubt an einen Ueberfall am Birkenhübel, dazu noch am hellen Tage, wo alle Leute dort in der Gasse bei der Feuernte beschäftigt waren. Genauer Bericht folgt nach.

Der Betriebsratsvorsitzende der Erdmannsdorfer Spinnerel, Mendel, ein starrer SPDler, bekommt immer Wutanfälle, wenn von der Opposition Flugblätter bei der Kontrollstelle verteilt werden. Ausdrücke wie „Die Kommunisten wollen euch nur verraten“, „Wißt euch den Arsch mit den Drecksblättern“, sind das A und O seines armen Geistes. Aber nicht der allein. Vorige Woche war hier ein junger Kommunist und verteilte Flugblätter. Da fuhr im eigenen Auto der Konsumlagerhalter Jachnowitz aus Schmiedeberg vor und schimpfte in unfälliger Weise gegen den jungen Kommunisten und wollte ihn aus dem Gartenlokal schmeißen. Auch sagte er, die Kommunisten seien zu faul, um zu arbeiten, und auch zu dämlich, und gewerkschaftlich gar nicht mal organisiert. Ja, ich glaube wohl, Jachnowitz ist wohl „schlauer“ in der Arbeit als der junge Arbeiter, sonst hätte er nicht ein Auto und wäre auch nicht Besitzer des Palasttheaters in Schmiedeberg, das angeblich seinem Bruder in Breslau gehört. Jedenfalls haben hier in Erdmannsdorf die Textiler alle das Flugblatt gelesen und eifrig diskutiert, und der Opposition recht gegeben. Gegen den Sekretär Reimann besteht ein großes Mißtrauen, und wenn der Schiedspruch für verbindlich erklärt wird, dann wollen viele dem Verband den Rücken kehren. Kolleginnen und Kollegen, dieser Schritt ist falsch, ihr müßt mit der Opposition kämpfen, daß die Gewerkschaft wieder Klassenkampforgan der Arbeiter wird.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Breslau
Erechten. Heute, Donnerstag, 20 Uhr, Mitgliederversammlung des Bunde-
Erechten Pflicht.
Kommunistischer Jugendverband
Breslau
— Die Genossen, die nach Erechten fahren, Sonnabend 17 Uhr in der Halle
des Gampfabuhs. Abfahrt 17 Uhr. (Sahrdreis 1,90 Mark.)
Jung-Spartakus-Bund
Breslau
— Gruppe „Schottländer“, Seite 1 und 2, Donnerstag 17 Uhr: Selbster-
läuterung. — Stadt Rauscha, Marktstraße 212. Gäste und „Kollektoren“
willkommen.

Oberschlesien Hindenburg Statsberatungen

Striden der SPD. — Zentrum steht vor Aufrollung seiner Schandtat — Für die Kommunisten gibt es nur proletarische Interessen

Dienstag begannen die mit Spannung erwarteten Beratungen des Hindenburg Stats. In der Aula der Mittelschule sind die Plätze der Stadtverordneten und des Magistrats fast vollständig besetzt. Den Hintergrund des Tagungsorts ziert ein oberhalb ein Altar und ein Bildnis. Zwar entzieht ein Vorhang diese Möbel den Augen des „hohen“ Hauses. Die Stadtverordneten sind auf eine Dauerbank, die sich noch drei weitere Tage hinziehen wird, gesetzt. In Nebendäumen untergebracht ist eine Anzahl Schupolizisten. Alles für die Beratung des Stats ist also vorhanden.

Punkt 1 der Tagesordnung war eine Kenntnisnahme. Zum 2. Punkt: „Übernahme der Kosten für das Arbeitsamt“, spricht Genosse Hartmann, der Ablehnung verlangt. Genosse Jendrosch spricht gegen die beschlossene Mehrheitsentscheidung zum Zwecke des Arbeitsamtsbaues. Mit Verspätung gibt der Zentrumsmann Starra als 3. Punkt den Bericht der Revisionskommission. Daraus kommt zutage, daß der Vorstehende des Ausschusses der Stadtverordneten

Stadtrat Tobias sich neben seinem hohen Gehalt Gratifikationen in Höhe von 2400 Mark geben ließ.

Außerdem lassen sich die Herren für jede Sitzung noch 15 Mark bezahlen. Genosse Jendrosch brandmarkte in der Debatte diese Wirtschaft mit städtischen Geldern. Die kommunistischen Mitglieder hat man auch deshalb aus dem Verwaltungsrat der Spar- und Girokasse entfernt, weil sie dort die Wirtschaft hätten sehen müssen. Im zweiten Teil des Revisionsberichts wird der Jügel-Standal zur Sprache gebracht, über den wir schon berichteten. Genosse Paris sprach dazu und bedauerte nochmals die Schwelgereien auf. Pawelle (SPD) nahm ebenfalls zu diesen Dingen das Wort, war aber sehr leinlaut. Die kommunistische Fraktion reichte nachstehenden Antrag an, der abgestimmt, aber gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt wurde. „Die Stadtverordnetenversammlung beschließt: Der Magistratspräsident wird ersucht,

1. Stadtrat Tobias sofort seines Amtes als Delegiert für städtische Betriebe zu entheben;
2. sofort ein Disziplinarverfahren gegen Stadtrat Tobias einzuleiten;
3. Stadtrat Tobias für den der Stadt entstandenen Schaden haftbar zu machen.“

Die Statsberatung wurde durch eine Tirade des sozialdemokratischen Bürgermeisters Franz eingeleitet. Während 1 1/2 Stunden ließ Herr Franz seine geschwollene Statsrede, von der behauptet wird, daß er sie nicht einmal selbst ausarbeitete, vom Blatt ab. Und er erlebte einen Reinsfall. Die bösen Kommunisten machen Zwischenrufe. Auf diese kann Franz nicht antworten, da er diese, wie er selbst sagt, in seinem Manuskript nicht mit bearbeitet hat. Dem Herrn Franz wird es heiß, bis er die 20 Seiten heruntergelesen hat. Die Genossen Jendrosch und Paris bemerken zwischendurch, die ganze Statsrede charakterisierend:

es geht vorwärts nach runter zu, und das ist der Spiegel der Mäurer, der Koalitionspolitik im Reich. Rührer sind schon die Ausführungen des Kammerers Schilling zum

Stat. Er nennt nur die Posten und Zahlen. Wir nennen hier nur einige Posten, die aufzählen, wie arbeiterfeindlich gewirtschaftet wird. Verwaltungskosten 1 288 780 gegenüber 1 027 100 im Vorjahr, Polizei 454 200 gegen 887 470 im Vorjahr. Beim Wohlfahrtsrat sind dagegen nur völlig unzureichende Summen eingesetzt und verschiedene Absätze gemacht worden. Der Gesamtsatz schloß ursprünglich mit 14 011 800 Mark Einnahmen und 15 872 100 Mark Ausgaben ab. Demnach war ein Defizit von 1 860 300 Mark zu verzeichnen. Durch Streichungen mit Hilfe des frommen Oberpräsidenten Lufschel, natürlich auf Kosten der Armen, wurde das Defizit auf 497 400 bzw. durch höhere Einnahmen aus dem Gaswerk und Absätze bei der Berufsschule auf 431 000 Mark reduziert.

Als Generalberichterstatter zum Stat sprach der Stadtverordnete Starra (Zentrum). Er konnte trotz ellenlanger Ausführungen nichts Neues weiter sagen. Seine Ausführungen waren ein einziges Lament über die schlechten Verhältnisse, an denen das Zentrum zum größten Teil mit hauptsächlich ist. In der Generaldebatte sprach Herr „Volksvertreter“ Starra als erster. Diese ergab, daß das Zentrum wohl verlicht, ein arbeiterfreundliches Gesicht zu zeigen, aber in der Tat doch arbeiterfeindlich ist. Das Zentrum fordert größere Sparsamkeit und größere Uberschüsse aus den städtischen Betrieben, was eine Erhöhung der Gas-, Strom- und Fahrpreise bei den städtischen Autobussen zur Folge haben würde.

Für die kommunistische Fraktion sprach Genosse Jendrosch. Dieser Stat spiegelt so richtig die Koalitionspolitik der SPD, und des Zentrums im Reich und in Preußen wider. Der Sozialetat ist gekürzt, die Posten für den kapitalistischen Nachschub der Polizei erhöht. Die SPD, betrog bei den Wahlen 1928 in schamloser Weise das Volk. Die zweite Rate für den Panzerkreuzer ist bewilligt, dafür werden Gelder für Kinderbeschäftigungen und Wohnungsbau entzogen. (Der Vorsteher will auf Betreiben des Bürgermeisters Franz diese Ausführungen durch Räuten abbrechen.) Das wickelt sich auch hier sehr kraß aus. Wie steht es mit dem Zentrum? Lufschel jagte bei seiner Antrittsrede als Oberbürgermeister in Hindenburg, „er sei der Freund des kleinen Mannes!“ Heute, als Oberpräsident, sowie schon in seiner Hindenburg Tätigkeit zeigte er sein wahres Zentrumsgesicht. Der Stat wird auf Kosten des kleinen Mannes zusammengeschrieben. Der Provinzialbankstandal rückt wieder einmal die Zentrumswirtschaft ins rechte Licht. (Der Vorsteher läutet wieder, die frommen Zentrumskandidaten verlassen zum größten Teil vor Aufrollung ihrer Schandtat den Saal.) Wie werden noch zu dem Einzelstat Stellung nehmen und aufzeigen, wie gegen die Arbeiterfeindschaft gewirtschaftet wird. Die hier beschlossenen Steuererhöhungen machen wir nicht mit, weil sie nur die arbeitende Masse belasten. Wir sind aber für Besteuerung der Bourgeoisie. Beim Stat lassen wir als Kommunisten sowie bei jeder anderen Frage uns nur leiten von den Interessen der Arbeiterschaft!

Nach der Rede des Genossen Jendrosch wird die Sitzung nach einem kleinen Manöver des Zentrums auf Mittwoch vertagt. Wie werden noch ausführlich über die weitere Sitzung berichten.

So geht der Vernichtungszug gegen die kommunistische Partei. Erst werden Hochverratsprozesse gegen die Funktionäre der SPD, sodann, und dann kommt das Verbot der revolutionären Partei des Proletariats. Arbeiter, aktiviert die Gegenoffensive. Protestiert in den Betrieben gegen diese Maßnahmen der Bourgeoisie. Treibt bei der kommunistischen Partei. Wert für die „Arbeiter-Zeitung“!

Ratibor

Aus der schwarzen Bude

A. A. Die Mistände und die Kriecherei in der sogenannten Schwarzene Bude nehmen immer mehr überhand. Wieder haben wir einen Fall, der zeigt, mit welchen Reihoblen und Kriechereien man sich bei den Herren von oben lieblich machen will, oder besser gesagt, einen Posten ergattern will. Es ist noch nicht lange her, daß wir uns mit dem Spitzel A. beschäftigt haben, dessen Tätigkeit wir an dieser Stelle anprangerten, und schon werden uns wiederum neue solcher Missetaten mitgeteilt. Der Wächter Cziesina geht gegen die Arbeiter mit den schroffen Mitteln vor. Er kontrolliert, wie sein Kollege A., die Klosettanlagen, um Arbeiter beim Rauchen zu ertuschen usw. Mit einem Gummiknüppel in der Hand treibt er sich im Hof herum und schnüffelt und spihelt, wo er nur kann. Es ist solch große Spähkäse zu haben, daß er von einem Betrieb beobachtet kann, was in einem anderen Betrieb vor sich geht. So versucht dieser stramme Wächter, gegen die Arbeiter im Betrieb mit dem Gummiknüppel in der Hand vorzugehen. Wir erinnern C. daran, daß er vor nicht allzu langer Zeit auch wie die Proleten gearbeitet hat und schillert wurde, was C. alles vergessen hat. Es hat den Anschein, als wenn die faulsten und gefühmslosten Elemente des Betriebes zum Schnüffeln und Spähkäse erhalten, um die Arbeitkollegen unterdrücken zu helfen und Massenbewegungen der Arbeiter auf die Straße zu werfen. Arbeiter, seht euch diese unfaulsten Elemente an und gebt ihnen die richtige Antwort.

Kreuzburg

„Handwerk hat goldenen Boden“

A. A. In der hiesigen Fortbildungsschule erzählen die Lehrer so viel von dem Handwerks goldenen Boden. Die Jungarbeiter müssen das dauernd über sich ergehen lassen, ohne den Lehrern mal die Wirklichkeit vor Augen führen zu können. Wie steht es denn mit dem „goldenen“ Boden aus? Drei und vier Jahre kann der junge Mensch lernen. In diesen Jahren wird er so viel wie nur irgend möglich ausgebeutet. Der Lehrling ist das beste Ausbeutungsobjekt, weil er in den kleinen Buben nicht streiken kann, weil da keine Lehrlingsordnung besteht usw. Ist er aber dann ausgebildet, liegt er auch schon auf die Straße. Neue Lehrlinge holen ihn ab, weil die Billiger sind wie der Ausgelernte. Der goldene Boden liegt dann für die Handwerker auf dem Arbeitsnachweis oder — wenn's gut geht — bei der Notstandsarbeit! Das müßten doch auch die Fortbildungsschullehrer wissen. Wenn nicht, sei es ihnen hier durch einen ihrer Schüler gesagt, der die Fajesei der Lehrer vom „goldenen Boden des Handwerks“ nur als Verhöhnung der gelehrten Arbeitlosen oder als Blödsinn aufsaßt.

Vom Turn- und Sportverein Vorwärts

Anlässlich der Wannenseite des Radfahrclubs „Sokolniki“, Zawazki, trug die erste Elf des freien Turn- und Sportvereins Vorwärts, Kreuzburg, gegen Vorwärts, Rokittitz, ein Wettspiel aus. In diesem Spiel ging Vorwärts, Rokittitz, mit 2:1 Toren als Sieger hervor. Hoffentlich hat das Spiel dazu beigetragen, einen Arbeiter-Sportverein in nächster Zeit ins Leben zu rufen. Am kommenden Sonntag, 17. Uhr, im Stadion am Stadtwald, wird sich die erste Elf im Verbandsspiel gegen VfL-Ratibor zu messen haben. Ein interessantes Fußballspiel ist zu erwarten. Arbeiter, unterstützt dieses!

Sperrung des Falens für den Fahrradverkehr!

Wie wir erfahren, wird der Falen für Fahrräder gesperrt, weil in der letzten Zeit eine Reihe von Unfällen vorgekommen sind. An den beiden Durchgängen kommen Drehräder zur Auffassung, so daß nur Fußgänger den Falen passieren können.

Oppeln

Abfuhr für das Zentrum

In Lasski fand am Sonntag eine öffentliche Zentrumsversammlung statt. Die Versammlung war von ungefähr 40 Personen besucht und zum Zwecke der Gründung einer Zentrumsortgruppe einberufen worden. In der Diskussion sprach ein Vertreter der kommunistischen Partei und zeigte den Anwesenden den wahren Charakter der Zentrumspartei. Mit dieser Klarung zog sich der als Referent erschienene Herrer Biakals ins Vereinszimmer zurück. Eine Gründung der Ortsgruppe konnte nicht erfolgen, da keiner der anwesenden Arbeiter und Kleinbauern Zufuhr hatte, dem Zentrum beizutreten.

Er medert noch immer!

Der „Oppelner Anier“ kann sich nicht beruhigen, daß die geplante Uebertragung der Männer-Wassfahrt vom Annaberg nicht kottgesunden hat. Er ist unzufrieden, daß die wunderschöne Rundfunkpropaganda ins Wasser fiel, und versucht deshalb dauernd, sich an der Oberpostdirektion zu reiben. Die heiligen Leute sollten sich endlich beruhigen. Das nächstemal wird die Geschichte bestimmt klappen. Man stellt in diesem Staat den Rundfunk viel zu gerne in den Dienst der religiösen Propaganda.

Im Lande Aman Ullah

A. A. Dieser hochinteressante russische Kulturfilm über Afghanistan wurde im Platten-Theater von Freitag bis Montag in einigen Sondervorstellungen vorgeführt. Man bekam durch den Film ein eindrucksvolles Bild von den besonderen Verhältnissen in diesem Lande und den während der Regierung Aman Ullah durchgeführten Reformen. Die Aufführung des Films ist zu begrüßen, merkwürdig ist aber, daß Herr Kurzbiger in Pressendritten in den hiesigen Blättern behauptet, daß es sich um einen deutschen Film handelt.

Für die ausgebeuteten Textilarbeiter sind folgende Summen eingelaufen

Von der Betriebsgruppe 1 a Konto-Zahlung	64,-
Von der Hobwigwurfsgruppe	20,-
Von der Ortsgruppe Cöfel	30,70
Von der Ortsgruppe Hindenburg	12,45

127,15 RM

Sendet fort a Konto-Zahlungen.

Landessekretariat des VVD
Oppeln

Arbeitsmarktlage in Oberschlesien

Für die Zeit vom 17. bis 22. Juni 1929 gibt die Zweigstelle Oberschlesien des Landesamtes für Arbeitsbeschaffung folgende Übersicht an: Arbeitsuchende: Berichtswache 24 652, Vorwoche 25 866, Vorjahr 18 094; Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung: Berichtswache 14 441, Vorwoche 15 541, Vorjahr 9267; Hauptunterstützungsempfänger in der Krisenfürsorge: Berichtswache 2603, Vorwoche 2650, Vorjahr 1693; offene Stellen: Berichtswache 597, Vorwoche 523, Vorjahr 607; Vermittlungen: Berichtswache 2212, Vorwoche 2537, Vorjahr 1649. Die Arbeitsmarktlage zeigte keine wesentlichen Veränderungen. Die Zahl der Arbeitsuchenden ging gegenüber der Vorwoche um 1214, und die der getätigten Vermittlungen um 325 zurück. Im Vorjahre waren zu gleicher Zeit 6558 Arbeitsuchende weniger gemeldet.

Gleiwitz

Sonnenwendfeier des VVD.

A. A. Am 22. Juni gegen Abend zogen die Jungkommunisten aus allen Orten des Industriegebietes mit revolutionären Kampfliedern in Przeslębie ein. Schon beim Eintreffen der einzelnen Züge wurden sie von der Schupo sowie von verschiedenen Kriminalbeamten provoziert, doch auf diese Provokationen sind die Jungkommunisten nicht hereingefallen. Rasch ging es an die Arbeit, das für den Scheiterhaufen notwendige Holz zu sammeln und an das Aufschlagen der Zelte. Kurz vor 24 Uhr wurde der Scheiterhaufen angezündet. Während die Flammen meterhoch in die Luft schlugen, wurde die Feier durch den Genossen Usteli eröffnet. Usteli führte die „Roten Bergknappen“ einige passende Szenen auf, die mit starkem Beifall aufgenommen wurden. Während einer Pause ergriff der Parteigenosse Seliel das Wort, und wies in seinen klaren Ausführungen auf die Bedeutung der Sonnenwendfeier hin. Nachdem wurden die sogenannten heiligen Utensilien in die Flammen geworfen. Mit dem Gesang „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit!“ wurde die Feier abgeschlossen.

Am Sonntagvormittag trafen die Nachzügler in Przeslębie ein. Auch dieser Sonntag wurde in kameradschaftlicher Weise verlebt. Einige Musikführer Jugend- und Parteigenossen, die eigene Schalmeinstrumente hatten, wollten damit nach Przeslębie fahren, doch wurden sie auf dem Wege dahin von 6 Schupo-Beamten und 8 Kriminalbeamten überfallen und ihrer Instrumente beraubt.

Oftentliche Miets für Juli 1929

Die öffentliche Miets bleibt, auf Grund der Verordnung des preussischen Staatsministeriums vom 26. März 1927, für den Monat Juli 1929 gegen den Vormonat Juni 1929 unverändert. Es sind sonach für den Monat Juli 1929 zu erheben: 116 Prozent der Friedensmiete, sofern der Mieter die Schönheitsreparaturen ausführt, 120 Prozent der Friedensmiete, sofern der Vermieter die Schönheitsreparaturen ausführt. Daneben ist umlagefähig: der 100 vom Hundert übersteigende Betrag des teureren Mietzinses zur Grundvermögenssteuer.

Hindenburg

Notstandsflüchtling täglich schlechter

A. K. Das Essen in der Notstandsflüchtling, man kann es schon mehr Fraß nennen, wird täglich schlechter. Der Magistrat denkt wohl, für die Erwerbslosen, die gezwungen sind, dort zu essen, ist das längst gut. Die Erwerbslosen bekommen da zu ihrer Hauptmahlzeit etwas vorgelegt, was man sonst nicht einmal den Hunden vorsetzen möchte. Erwerbslose Frauen schreiben uns dazu: Erbsen, Linsen, Bohnen und dergleichen sind ganz aus der Küche verschwunden. Wir nahmen an, daß es daran lag, daß Lufschel jetzt nicht mehr hier ist und der Bürgermeister Franz das nur macht. Aber o weh, wir erfahren, daß der „soziale gute“ Oberpräsident Lufschel es ist, der uns das Essen verschlechterte, wobei ihm allerdings sein früherer Kollege Franz nichts in den Weg legt. Statt Gelder für Speisung bewilligte man Geld für Gummiknüppel. Damit soll wohl der Hunger der Arbeitslosen gestillt werden.

Das ist die Politik des Zentrums und der SPD. in Oberschlesien. Große Betraumfische der einen, Versprechungen der anderen. Die Arbeiter aber müssen immer leiden. Arbeiter, macht Schluss mit dieser Politik! Stärkt die Reihen der KPD! Zur Kommunalwahl gebt diesen Leuten die Dultung!

Strassen-Neu- bzw. Umbenennung

Im Gebiet der Siedlung an der Zaborger Straße sind mehrere neue Straßen angelegt worden, die mit Zustimmung des Polizeipräsidenten wie folgt bezeichnet wurden: 1. die von der Zaborger Straße entlang der Schleifstraße nach Süden führende Straße = Bismarckhütter Straße; 2. von dieser aus nach Osten verlaufend: Straße F = Myslowitzer Straße, Straße E = Kalderstraße, Straße A = Dabestofstraße; 3. diese 3 Straßen münden in die Straße D = Laurahütter Straße (an der Verlagsgroßdruckerei Heinrich & Co. vorbeiführend); 4. Straße C (von der Myslowitzer Straße nach der Zaborger Straße führend) = Schrauerstraße; 5. der Teil der Deuthener Straße von Konradia bis Mühlstraße, wird in „Annafeststraße“ umbenannt; 6. die Guidostraße wird in ihrem Verlauf ab Dorothienstraße neu durchnummeriert; 7. der „Schwarze Weg“ im Stadtteil Zaborge erhält die Bezeichnung „Kattowitzer Straße“.

Beuthen

Anlage wegen Hochverrat gegen Genossen Drabmalla

Die politische Polizei ist augenblicklich daran, die Anlage wegen Hochverrats gegen den Genossen Drabmalla zusammenzufassen. Desgleichen wird zu der gleichen Anlage gegen noch andere Genossen Material gesammelt. Grund dazu ist die Protestversammlung der Beuthener gegen das KPD-Verbot. Das Hochverratsverbrechen wird die I.A. in den Reihen, die dort gehalten wurde, erblicken. Die Reber sollen dort zur Revolution und dem Sturz der Bourgeoisie aufgefordert und sich erboten haben, der Bourgeoisie auf den beschlagnahmten Schalmeinstrumenten den eigenen Lobeslied zu dirigieren.

Oppelner, Werkfätige, heraus!

10 Jahre Versailler Friedensvertrag und damit gesteigerte Ausbeutung der Arbeiterklasse

Soll das so bleiben? Nein, sagen die Kommunisten. Hinweg mit den internationalen und nationalen Parasiten und Fronvögeln. Heraus zur machtvollen Demonstration am Sonntag, dem 30. Juni 1929, vormittags 11 Uhr, auf dem Tuchmarkt in Oppeln. Frauen und Männer erscheint restlos. Antreten um 11 Uhr am alten Schützenhaus. **Es spricht der durch den Rundfunkstreich bekannte Landtagsabgeordnete Schulz!**

Interventionkrieg gegen die Sowjetunion

Die Forderung der „linken“ Sozialdemokratie

Der grandiose Ausbauplan der sozialistischen Wirtschaft der Sowjetunion hat in der gesamten internationalen Sozialdemokratie ein Wutgeheul ausgelöst, in dem sich rechte sowie „linke“ Sozialdemokraten überbieten. Besonders die „linke“ tschechische Sozialdemokratie läßt kaum einen Tag vergehen, an dem sie nicht in irgendeiner Form ihre Verleumdungen gegen die Sowjetunion vom Stapel läßt.

Am 22. Juni veröffentlichte die „Leipziger Volkszeitung“ einen Artikel, gezeichnet von Olga Romanowitsch, der von den üblichen Eigenmeldungen über die Bürokratisierung der KPdSU, über den Diktator Stalin usw. nur so strotzt. Krampfhaft versucht die Artikelautorin den Fünfjahresplan herunterzureißen. Sie schreibt: „Die auf die größtmögliche Industrialisierung gerichtete Politik der kommunistischen Partei, die nunmehr in die Form des vom Rätekongreß gebildeten Fünfjahresplanes der Volkswirtschaft gegossen worden ist, bedeutet den Sieg des utopischen Elementes in der KPdSU, das die realen Gegebenheiten der wirtschaftlichen Entwicklung ignoriert. . . . Diese Politik, aufgebaut auf einen Kampf der Stadt gegen das Land, hat den Sowjetstaat im laufenden Jahre in schwere wirtschaftliche Erschütterungen hineingeführt. . . . Die Landwirtschaft zeigt deutliche Anzeichen einer Rückentwicklung, die Anbaufläche für Getreide wird nicht nur nicht erweitert, sondern sogar fühlbar eingeschränkt.“

Selbst bürgerliche Journalisten, wie Paul Scheffer, können zitiert werden, um diese Verleumdungen darzustellen. So schreibt Paul Scheffer im „Berliner Tageblatt“ vom 12. Juni über den Fünfjahresplan der Sowjetwirtschaft u. a.:

„Das größte und in vieler Beziehung modernste wirtschaftspolitische Experiment aller Zeiten, Original, nicht nur originell. Armes altes Europa. Wenn das Experiment auch nur zu drei Vierteln glückt, dann schon ist nicht an dem endgültigen Sieg zu zweifeln. Es wäre der Sieg der sozialistischen Methoden, erforscht mit den Kräften eines unerschrockenen, glaubensfähigen, begabten Volkes.“

Die neuen Fabriken, das stürmische Wachstum der Kollektivwirtschaften sind bereits heute eine Garantie dafür, daß nicht nur drei Viertel, sondern vier Viertel und mehr durchgeführt wird. Aber die

„Leipziger Volkszeitung“ spricht offen aus, warum sie diese Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion führt:

„Je länger sich aber die Sowjetregierung einer politischen Kursänderung widersetzt, um so größere Vermutungen wird ihr „Einsturz“ in dem wirtschaftlichen Organismus des Sowjetstaates anrichten, um so schwerer werden die Heimtückungen sein, denen sie die Arbeiterklasse und die breiten Massen der werktätigen Bevölkerung aussetzt.“

Die linken Sozialdemokraten blasen in dasselbe Horn wie Karl Kautsky und die übrigen Vasallen der II. Internationale: Sie fordern Interventionkrieg gegen die Sowjetunion zur „Rettung“ der Bauern der Sowjetunion vor dem Bolschewismus.

Aber die gewaltigen Siege des Sozialismus in der Sowjetunion verankern die Bande der brüderlichen Solidarität der deutschen Arbeiterklasse mit ihren russischen Brüdern. Auch die linke Sozialdemokratie wird durch ihr wütendes Gekläff nichts an diesen Tatsachen ändern.

Der internationale Rote Tag am 1. August wird die Kampfbereitschaft der Arbeiterschaft der ganzen Welt zur Verteidigung der Sowjetunion in machtvoller Weise demonstrieren.

Arbeitersport

Arbeiter-Sportkartell. Eine Genossin hat beim Stadionsportfest ihre goldene Armbanduhr (schwarzes Armband) verloren. Wir bitten den Finder, dieselbe im Büro des Kartells, Friedrich-Wilhelm-Str. 46, abzugeben.

Freie Lichtfreunde. Breslau. Am Sonnabend findet auf dem Gelände der Freien Lichtfreunde die Sonnenwendfeier statt. Alle Genossen werden ersucht, zu erscheinen. Beginn 20,30 Uhr. Das Gelände wird illuminiert und ein Feuer abgebrannt. Die Kinder erhalten einen Rampion. 22 Uhr Rückmarsch. Treffpunkt auf dem Gelände zwischen 18 und 19 Uhr. Treffpunkt für kommenden Sonntag: Endstation Linie 5 Tschansch; 7 Uhr Radfahrer, 8 Uhr Fußgänger. Die alten Mitgliedsbücher sind restlos mitzubringen. Gäste und Sympathisierende sind willkommen. Einführung nur durch Mitglieder der Freien Lichtfreunde.

Fußball-Kreislauf. Sämtliche Kräfte heute Donnerstag, 18 Uhr, VfL-Platz, Klein-Gandau, Training. — **Verhandlungsausschuss.** Ladungen für den 1. Juli: 20 Uhr: Vereinsvertreter 1928 und 1921. Dazu Spielführer beider Mannschaften und Spielführer der 2. Mannschaft vom Spiel am 21. April 1929. Schiedsrichter Walter G. 20,30 Uhr: Vereinsvertreter Fr. Sportfreunde und Sportgenossen Voder, dazu Sportgenosse Weiß (Fr. Sportfreunde.) 21,15 Uhr: Einigkeit und Sparta. Beide Vereinsvertreter. (Einspruch); dazu beide Spielführer der 2. Mannschaft und Schiedsrichter Kellermann. Zeugen stellen die Vereine selbst.

Schweidnitz. Reichsarbeiter-Sporttag. Der diesjährige „Rasi“ nahm seinen Anfang mit einem Fackelzug durch die Hauptstraßen nach dem Gondelleich, wo 32 Bundesgenossen vom Schwimmverein Reptun einen Fackelreigen zur Vorführung brachten. Die Kraftsportler „Nischen“ zeigten wunderbare Pyramiden bei bengalischer Beleuchtung. Ein künstlerisches Feuerwerk schloß vor mehr als 1000 Zuschauern die Sonnabend-Beranstaltung. Der Sonntag begann mit einer Werbestafette „Rund um Schweidnitz“, an der sich 80 Sportler beteiligten. In rascher Aufeinanderfolge sahen wir Freilübungen und Massenpiele der Turner und Schwimmer, Ring- und Boglampje der Kraftsportler, Massenreigen und ein Radballspiel der Radfahrer. Ganz besonderen Anlang fand ein Simultanspiel des Schachklubs. Hoffen wir, daß es der noch jungen Vereinigung an Mitgliederzunahme gelohnt wird. Die Fußballer zeigten Spiele, die dem Arbeitersport würdig waren. In der Halbzeit fanden

Räufe über 400, 1000 und 1500 Meter statt. Alles in allem: es war ein Fest, mit dem sich die Arbeiterportler zeigen konnten.

Neutraubendorf. „Rasi“. Infolge der ungünstigen Witterung war der Reichsarbeiterporttag mäßig besucht, von Seiten der Mitglieder sowie auch der Gäste. Außerdem befindet sich der Sportplatz immer noch in einem miserablen Zustande. Schon der Werbelauf wies eine schwache Beteiligung auf. In den Wettkämpfen nahmen 80 Schüler und Schülerinnen, sowie 80 Männer und Jugendliche teil. Der Festzug sahte 350 Teilnehmer einschließlich der Schüler und Schülerinnen. Resultate: Höchstleistung vollstündlicher Dreikampfs: Schüler bis 12 Jahre: Walter Melzer, Neutraubendorf, 140 Punkte. Schüler von 12 bis 14 Jahren: Oswald Spiller, Seitendorf, 288 Punkte. Schülerinnen bis 12 Jahre: Helene Bötte, Seitendorf, Gertrud Glaser, Neutraubendorf, je 80 Punkte. Schülerinnen von 12 bis 14 Jahren: Elfriede Prause, Neutraubendorf, 165 Punkte. Jugend: Oswald Toll, Seitendorf, 232 Punkte. Männer: Edwin Winter, Seitendorf, 61 Punkte. Faustball: 1. Mannschaft gegen 2. Mannschaft, Seitendorf, 90:50. Langsamarfahren, 50 Meter: Altersklasse: Alfred Kuschel, Neutraubendorf, 7,29 1/2 Min. Jugend: Alfred Eichner, Höggersdorf, 8,3 Minuten.

Wüstegiersdorf. Anlässlich des „Rasi“ veranstaltete das hiesige Sportkartell einen Sportwettbewerb im Gasthaus „Zur Guten Laune“, Bärzdorf. Um 14 Uhr sammelten sich die Kartellvereine in Lannhausen. Von da ging es geschlossen nach Bärzdorf. Nachmittags zeigten die Schüler ihre Können in Leichtathletik und im Ringen. Der Abend wurde durch ein gut ausgearbeitetes Programm ausgefüllt. Ein vollbesetztes Haus zeugte von dem Interesse an der Arbeitersportbewegung. Die Darbietungen waren alle gut gelungen. Sie wurden ausgeführt von folgenden Vereinen: Radfahrer Rhau-Lehmwäcker, Turner Lehmwäcker-Wüstegiersdorf, Kraftsportler Lannhausen, Wüstegiersdorf und Steingumb. So wie die Arbeiter im Sport gemeinsam kämpfen, so werden sie auch für ihre politischen Ziele kämpfen.

Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein

Außerordentliche Sitzung der Gemeinde-Vertretung

Freitag, den 28. Juni 1929, nachmittags 5 Uhr

im Saale des Bürgerheims, Jugendheim.

Einladung erfolgt mit verkürzter Frist gemäß § 104 Abs. 3 der Landgemeinde-Ordnung.

Tagesordnung:

1. Beschlußfassung über Zustimmung zum Abschluß von Verträgen wegen Uebernahme der Polizeibeamten in den Staatsdienst.
2. Beschlußfassung wegen leihweiser Ueberlassung von Büro-Ausstattungsgegenständen an die staatliche Polizei und Festsetzung der Bedingungen.
3. Kenntnisgabe wegen evtl. Errichtung der Feuerwehr-Fachschule in Weißstein.

Weißstein, den 25. Juni 1929.

Der Gemeindevorsteher.

J. W. Schulz.

Für die Reise

Wanderungen und das Wochenende unerlässlich Chlorodont-Zahnpaste und die dazugehörige Chlorodont-Zahnbürste mit gezeichnetem Borstenschnitt zur Befestigung saugiger, überlebensdauer Speisereste in den Zahnräumen und zum Wappspülen der Zähne. Die gel. gek. Chlorodont-Zahnbürste von bester Qualität, für Erwachsene 1,25 Mk., für Kinder 70 Pf., ist in blau-weiß-grüner Original-Chlorodontpackung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen erhältlich.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Von Sonnabend, den 22. 6. bis Sonnabend, den 29. 6. täglich 20.15 Uhr
Saisonverkauf 1929
Revue im Lobetheater in 12 Bildern
Texte: Max Dphill
Musik von Harry Kalton

Thalia-Theater

Geschlossen!

Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 22
Fra Diavola
Freitag, 18.30 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 22
Der Ring des Nibelungen
1. Tag
Die Walküre
Sonnabend, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie H 22
Der Singschwan
Sonntag, 20 Uhr
Rigoletto

Schauspielhaus

Operettenbühne Tel. 36300
Donnerstag 20 Uhr
Das Dreimäderlhaus
Freitag 20 Uhr
Schwarzwaldbädel
Sonnabend 20 Uhr
Die Gardasürstin
Sonntag 20 Uhr
Gräfin Mariza

Eierereien

Vogelfutter
Futtermittel
Richard Schwella
Matthiasstraße 185
Ede Weinstroße 85

Moderne Kinderwagen

25.-
Eckener Straße 55
Ecke Taschenstr.

Euchante

35.-, 29.-, 27.-
Eckener Straße 55
Ecke Taschenstr.

Bettstellen

Eiche, 2 Stück, mod. Form 95.00 Mk.
Eiche, 2 Stück, pol., voll gearb. 125.00 Mk.
Nußbaum, 2 Stück . . . 130.00 Mk.
Teilzahlung gestattet!
Max Giesel, Brüderstraße 23

WEINE von Herzberg & Co.

Höfchenstraße 48 Blücherplatz 17
Leuthenstraße 10 Klosterstraße 64
Selenkestraße 17 Michaelstr. 3
sind deshalb so erstaunlich billig, weil sie in dem In- und Auslande in ganzen Waggonen bezogen und sofort bezahlt werden

Rotwein . . . Flasche 1.10
Südwein rotodergelb „ 1.20
Cyder süß 0.65
Johannisbeerwein süß FL 0.85
Wermutwein süß . . . 1.35

Smitts Schuhwaren

Maurer-Hosen mit Schn. 12.50, 11.00 7.50
ohne Schnitt 11.00 9.50 7.50 5.50
Zimmerer-Hosen, schwarz Leder mit Schnitt 18.50 15.50 10.50 7.50
grau und schwarz Manchester mit Schnitt 19.50 16.50 15.00 12.50
Zimmerer-Hosen, schwarz Leder mit Latz 17.50 15.50 13.50 10.50 8.50
Dreidraht- und Tuchleder-Hosen 16.50 14.50 12.50 9.50
Manch-Hos. o Schn., schwarz, grau, braun 19.50 15.50 13.50 11.50 9.75 7.25
Arbeiter-Hosen, gestreift, Pilot und Zwirn 13.50 12.50 10.00 9.25 7.50 4.75
Maurer-Blusen 6.00 5.00 4.00
Maurer-Jacken 4.50 4.00 3.50
Sockenschoner 1.50 0.95 0.65
Zimmerer-Westen 10.50 9.50 7.50 6.00
Echtblane Mantel-Anzüge 11.00 9.00 8.00 7.50 5.50

Beerdigungsanstalt C. Heymann

Bestattungs-Versicherung
Ueberführung
und Feuerbestattung
Klosterstr. 97 — Zweiggeschäft Gräblicher Straße 87 — Telefon 587 47

B. Pohl

Beste und billigste Bezugsquelle
ff. Schokolade
Kakao — Konfitüren
Leb- und Honigkuchen
Keks — Waffeln und Zwieback
Verkaufsstellen
in allen Stadtteilen Breslaus

Tassilo Krienke

Zigarren-Spezialhaus
Ritterplatz 10 Sternstr. 5/9

Schuh-Growald

Beste Bezugsquelle
guter und doch außergewöhnlich billiger
Schuhwaren

Zum Saison-Ausverkauf

vom 27. Juni bis 4. Juli
besonders herabgesetzte Preise!

Lebensmittel

kaufen Sie gut und billig bei
Willi Hanke
Schweidnitz, Langfrage 29

Katzmareks Sarg- und Möbel-Magazin

Bobrek-Karl I
Großes Lager in Särgen und Möbeln
Ausführung v. d. einfachst. b. elegantesten
Beerdigung, vornehme Zimmerdekoration,
eig. Galalithwagen. Teilzahlung gestattet.

Georg Bansch

Kolonialwaren, Konfitüren
Zigarren, Zigaretten
Futtermittel, Eierereien
Vogelfutter
Striegan, Liegnitzer Str. 1

Webwaren, Spezialität eigener Ausrüstung
Wäsche und Konfektion
eigener Herstellung — Gelegenheitsposten
S. Blasse, Breslau, Graupenstr. 6-10